Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

Widerstand gegen AfD-Denunziantenportal in Hamburg

- **Erdogan-Regime verliert bei den Kommunalwahlen die Großstädte und die zwangsverwalteten Regionen in Kurdistan**
- **„The 3million“ und „British in Europe“**
- **AfD-Denunziantenportal Hamburg – Starke Zivilgesellschaft, schwacher Schulsenator**
- **Staub war gestern – Gemeinsam zur staubarmen Baustelle**
- **Parteinahe Stiftungen zum Umgang mit Rechtspopulismus in Europa**
- **Kalenderblatt, 11. April 1919: Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)**

Ausgabe Nr. 4 am 11. April 2019, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen: www.linkekritik.de/pb-i.html

Erdogan-Regime verliert bei den Kommunalwahlen die Großstädte und die zwangsverwalteten Regionen in Kurdistan

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Bei den Kommunalwahlen am letzten Märzwochenende verlor Erdogan und die AKP/MHP-Koalition alle großen Städte entlang der Mittelmeerküste, Ankara und bis auf Sirnak alle unter Zwangsverwaltung gestellten kurdischen Provinzen. In den Großstädten des Westens hatte die HDP auf eigene Kandidaten für die Bürgermeisterposten verzichtet und zur Wahl der CHP aufgefordert. Im kurdischen Osten war sie mit dem Slogan „Holt euch die Städte zurück" angetreten. Die zwangsverwalteten neun Provinzen und acht Provinzhauptstädte Diyarbakir, Van, Batman, Bitlis, Hakkari, Igdir, Mardin, Siirt und Kars wurden zurückgewonnen. In Sirnak – die Stadt war 2016 fast völlig zerstört worden – lag die AKP knapp vor der HDP, was kein Mensch ohne Annahme von Wahlfälschung verstehen kann, der diese Stadt und ihre Menschen kennt. In Tunceli (Dersim) gewann der Kandidat der türkischen Kommunistischen Partei (TKP) das Mandat.

Unter zuvor bei Wahlen kaum gekannter Repression, Terror und Einschüchterung haben diese stattgefunden – und da haben die Menschen in der Türkei schon zuvor einiges erlebt. Erdogan und die AKP/MHP-Regierung hatten diese Wahlen zu einem Referendum für ihr Regime hochstilisiert und den gesamten Repressionsapparat in bisher nicht gekanntem Ausmaß hochgefahren. Im Zuge des Wahlkampfs wurden mehr als 700 HDP-Mitglieder und -Kandidaten festgenommen, Veranstaltungen angegriffen, Wahlkampfverbote für die Opposition verhängt. Mit der Verlegung von Tausenden Polizei- und Militärkräften in die zwangsverwalteten kurdischen Provinzen wurde nicht nur ein Klima der Einschüchterung, sondern

Die Linken_Parteivorsitzenden bei der Mietendemo am 6. April in Berlin.

Europäische Bürgerinitiative / Recht auf Wohnen

Von Rolf Gehring, Brüssel

Die EU-Kommission akzeptierte am 12. März die Europäische Bürgerinitiative „Housing for all". Diese Initiative zielt auf bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen, um Wohnen für alle Menschen in Europa zu ermöglichen (http://www.housingforall.eu/). Zu ihren Forderungen gehören unter anderem der Zugang für alle zu erschwinglichem und sozialem Wohnungsbau, der leichtere Zugang zu EU-Finanzmitteln für gemeinnützige und nachhaltige Wohnungsbauträger, soziale Regeln für Kurzzeitvermietungen sowie eine statistische Erfassung des Wohnbedarfs auf europäischer Ebene. Die Initiative ist über die offizielle Webpage der Kommission aufzurufen (http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/open/details/2019/000003/de?lg=de).

Die Initiatoren haben nun ein Jahr Zeit, um Unterschriften zu sammeln. Sollte die Vorgabe von mindestens einer Million Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten erreicht werden, muss die EU-Kommission innerhalb von drei Monaten reagieren. Sie entscheidet, ob und in welcher Form sie das Anliegen aufgreifen will oder nicht, sie muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

Parallel dazu, ebenfalls am 12.3.19, verabschiedete das Europäische Parlament seine Entschließung für die Reform der Europäischen Bürgerinitiative. EU-Bürger sollen künftig unabhängig vom Wohnsitz eine Bürgerinitiative unterstützen können. Die EU-Kommission wird in Zukunft auch die Möglichkeit haben, nur einen Teil der Bürgerinitiative zuzulassen. Kampagnen sollen mehr Zeit erhalten, der Beginn der Unterschriftensammlung soll von den Initiatoren selbst festgelegt werden. Das EU-Parlament erklärte sich zudem bereit, in Zukunft für jede erfolgreiche Bürgerinitiative eine öffentliche Anhörung zu veranstalten, um das Anliegen einer Initiative einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen, und möchte seine Rolle bei der Bewertung von Kampagnen aufwerten. Entschließung des EP: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2019-0153+0+DOC+PDF+V0//DE

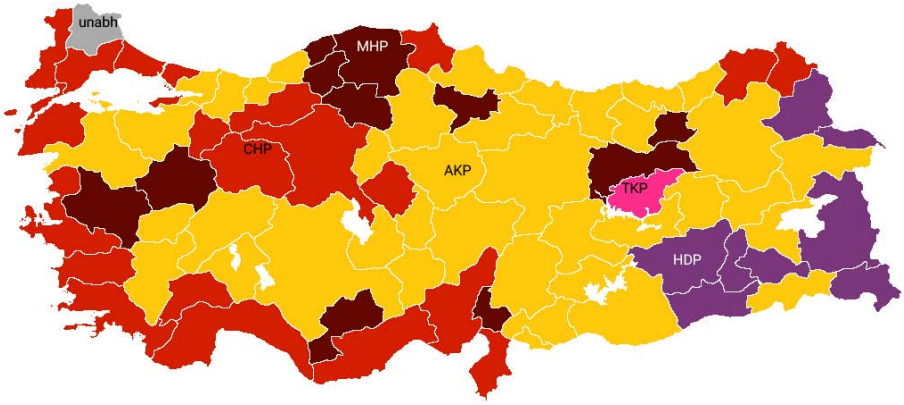
Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de
Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com



Sieger der **Bürgermeister (Belediye Başkanlıkları)** der jeweiligen Parteien. Legende: gelb: AKP, rot: CHP, braun: MHP, Lila: HDP, Rosa: TKP, grau: unabhängig, (Bild Wikipedia, Von Nub Cake – Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=77707851)

auch eine neue Wählerschaft geschaffen. Die Wahlbeobachter der HDP und CHP, aus Europa und von der OECD berichten über ein bisher nicht gekanntes Maß an Wahlfälschungen. Wurde bei der letzten Wahl der Strom abgedreht, um im Dunkeln Urnen auszutauschen, fanden dies diesmal ganz offen statt. Handyvideoaufnahmen belegen viele Fälle.

Was bleibt nun: Das Erdogan-Regime hat die gesteckten Wahlziele nicht erreicht, und Erdogans alleiniger Machtanspruch ist angeschlagen. Das wird in der AKP Spuren hinterlassen. Durch die geänderten Machtverhältnisse in den wichtigen Kommunen kann die AKP/MHP-Regierung und der Präsidentenpalast nicht mehr uneingeschränkt absolutistisch regieren.

Insgesamt ist die Türkei (siehe Karte) tief gespalten in einen Westen und einen Osten, die gegen die Regierung stimmten, das weite anatolische Hochland ist weiter fest in Händen der AKP/MHP. In den Großstädten Istanbul, Ankara, Antalya, Adana, Izmir, Bursa usw. hat die Wirtschaftskrise die Lebensbedingungen der Menschen bis weit in die Schichten von Beamten, Angestellten oder Lehrern verschlechtert. Die ständige Beschneidung demokratischer Rechte, Repression gegen Unmutsäußerungen über die Lebensbedingungen, Presse- und Internetzensur sowie die Abkehr vom Laizismus haben mit den Wahlsiegen der CHP zu neuen Machtverhältnissen in den Kommunen des Westens geführt.

Die HDP hat in acht Provinzhauptstädten und 45 Kreisstädten sowie vielen kleineren Gemeinden gewonnen. Hatten die Bürgermeister und Kommunalparlamente vor ihrer Absetzung 2016 geschafft, die Kommunen fast schuldenfrei bei Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung zu bekommen, hinterlassen die AKP-Zwangsverwalter nach zwei bis drei Jahren wieder tief verschuldete Städte. Zudem haben sie fast das komplette kommunale Eigentum an ihre Anhänger verkauft. Bei der Übergabe der Rathäuser sind heftige Konflikte zu erwarten, hat Erdogan doch schon vor der Wahl angekündigt, die neu gewählten Bürgermeister nicht anzuerkennen und ihnen alle denkbaren Steine bis hin zur sofortigen Absetzung in den Weg zu legen. Wie das gleich am Anfang aussieht: In Bismil wurde am Tag nach der Wahl damit begonnen, das Rathaus mit Baggern abzureißen. Die neu gewählte Bürgermeisterin ließ daraufhin ein Zelt aufstellen. Hier werden in naher Zukunft wieder die Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsmodellen direkte Demokratie auf der kurdischen Seite und diktatorischer Zwangsverwaltung auf der anderen aufeinanderprallen.

Zudem wird die Stimmung aufgeheizt, da die AKP nicht gewillt ist, die Wahlniederlagen anzuerkennen und endlose Einsprüche auf Neuauszählung gestellt hat. Die bisherigen Neuauszählungen haben ihre Niederlage im Westen als auch im Osten eher stimmenmäßig deutlicher gemacht.

Ein weiteres Thema, was auch die

DOK: HDP fordert Respekt vor dem Wählerwillen ein

Vor einer Woche haben in der Türkei Kommunalwahlen stattgefunden, die Stimmauszählung ist aufgrund zahlreicher Widersprüche immer noch nicht abgeschlossen. Die HDP fordert den Hohen Wahlausschuss zur Intervention auf.

Auf einer Pressekonferenz in Istanbul haben sich die HDP-Vorsitzenden Pervin Buldan und Sezai Temelli zu den Kommunalwahlen vom vergangenen Sonntag geäußert und die AKP aufgefordert, den Wählerwillen zu respektieren.

„Auch bei den vorangegangenen Wahlen ist es zu Rechtsverletzungen gekommen, aber ein so großes Ausmaß von Hass und Unregelmäßigkeiten haben wir bei diesen Wahlen zum ersten Mal erlebt“, erklärte Pervin Buldan in der Istanbuler Zentrale der Demokratischen Partei der Völker (HDP). „Inzwischen ist eine Woche vergangen, aber an vielen Orten stehen immer noch nicht die Endergebnisse fest, den Wahlsiegern werden ihre Ernennungsurkunden nicht ausgehändigt und die Einsprüche gegen die Wahlergebnisse werden abgelehnt. Zu den bereits stattgefundenen Rechtsverletzungen kommen weitere hinzu“, so die HDP-Vorsitzende.

Der Wahlbetrug in Mûş und anderen Orten sei offensichtlich, erklärten die beiden Parteivorsitzenden. Alle Einsprüche der AKP seien angenommen worden, die von der HDP würden hingegen abgelehnt. Dieser Doppelstandard verweise auf die Machenschaften, die gegen die HDP angezettelt worden seien.

Während die HDP mit ihrer Wahlstrategie in Istanbul, Ankara, Antalya und Adana maßgeblich zur Niederlage der AKP/MHP-Koalition beigetragen hat, wurde in der nordkurdischen Hochburg Şirnex (Şırnak) erstmalig ein AKP-Bürgermeister gewählt. Pervin Buldan erklärte dazu, dass 12 000 Sicherheitskräfte als Wähler in die Provinzhauptstadt gebracht worden seien, insofern könne nicht die Rede davon sein, dass die AKP Şirnex hinzugewonnen habe: „Ihr habt nicht gewonnen, ihr habt Şirnex geraubt!“

In der Provinzhauptstadt Mûş hat die AKP die Bürgermeisterwahl knapp gewonnen, indem 2500 Stimmzettel für ungültig erklärt wurden. Ähnlich sieht es in der Kreisstadt Kelê (Malazgirt) aus, wo der AKP-Kandidat drei Stimmen Vorsprung hat und 432 Stimmzettel als ungültig gewertet wurden. „Die Zurückweisung unserer Einsprüche ist ein Teil der Strategie, die HDP nicht als Siegerin anzuerkennen“, erklärte Pervin Buldan und machte darauf aufmerksam, dass auch Siegesfeiern nur der AKP gestattet werden. In den kurdischen Orten, in denen die HDP gewonnen hat, sind für zwei Wochen alle öffentlichen Aktivitäten verboten worden.

Die HDP-Vorsitzenden kritisierten außerdem, dass die Stimmauszählung in Istanbul immer noch andauert. Das Vorgehen der AKP verweise auf ihre Machtbesessenheit, erklärten Buldan und Temelli und riefen den Hohen Wahlausschuss zur Intervention auf.

(ANF, 6.4.2019)

Uludere: Miltär wird aus der Stadt gebracht.

politische Stimmung in der Türkei seit November bestimmt, sind die Hungerstreiks in den Gefängnissen. Derzeit nehmen daran 7000 Gefangene teil, die die Aufhebung der Isolation von Abdullah Öcalan und die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen fordern. Diese Hungerstreiks sind mit den politischen Entwicklungen in den kurdischen Provinzen, aber auch in den Großstädten des Westens eng verwoben. Wenn nicht bald Ergebnisse erzielt werden, wird das die gesellschaftlichen Spannungen nur erhöhen. Die Verluste Erdogans und der AKP bei den Kommunalwahlen machen die Situation nicht einfacher.

DOK: Wahlbeobachtung: Militär statt Demokratie

Eine Wahlbeobachtungsdelegation aus Deutschland hat die Kommunalwahlen in Nordkurdistan verfolgt. Die kurdische Nachrichtenagentur ANF hat die Aktivistin Sara Sommer zu ihren Eindrücken befragt.

Könnten Sie die Zusammensetzung ihrer Delegation und die Orte, die Sie besucht haben, kurz darlegen?

Die Delegation setzte sich zusammen aus Bezirksabgeordneten der Partei Die Linke und Friedensaktivist*innen. Zaklin Nastic, Sprecherin für Menschenrechtspolitik der Linksfraktion im Bundestag, delegierte die neunköpfige Gruppe, um in ihrem Auftrag und auf Einladung der HDP die Kommunalwahlen zu beobachten. Unsere Gruppe besuchte am Wahltag die Orte Cizîr (Cizre), Şirnex (Şırnak), Idil, Qilaban (Uludere), Basan (Güçlükonak) und Silopî.

Wie waren Ihre Beobachtungen am Wahltag?

Das Militär wurde gezielt zur Wahlmanipulation eingesetzt. Unzählige Soldaten wurden in Bussen aus dem ganzen Land angefahren, um in Uniform oder zivil in den Wahllokalen zu wählen, häufig auch mehrmals an verschiedenen Orten. Zudem glichen die Orte eher Militärkasernen, denn fast überall waren Soldaten und Panzerwagen. Zudem wurden Waffen in den Wahllokalen getragen, obwohl es ein grundsätzliches Verbot des Tragens von Waffen in und vor Wahllokalen gibt. **(...)**

*Wurden Wähler*innen behindert?*

Viele Wähler*innen berichteten uns von Drohungen und Beleidigungen seitens der „Sicherheitskräfte". Polizisten in Zivil versuchten die Meinungen der Wähler*innen zu beeinflussen. Manche wurden gezwungen, ihre ausgefüllten Wahlscheine zu fotografieren, damit Druck auf sie ausgeübt werden kann. Andere Menschen wurden gehindert, ihre Stimme abzugeben, da es ihnen der Bürgermeister verweigerte, er meinte zu wissen, dass sie die HDP wählen. Es gibt unzählige dieser Beispiele. ...

Wie beurteilen Sie den Ablauf der Wahlen und das Ergebnis für ihre beobachtete Region und insgesamt?

Insgesamt lässt sich sagen, dass diese Wahlen weder fair noch geheim noch frei waren. Es gab wieder Fälle von Wahlmanipulation, zudem wurde der Wahlkampf im Vorfeld für alle oppositionellen Kräfte beinahe unmöglich gemacht. Dennoch ging die Doppelstrategie der HDP auf, in den kurdischen Gebieten die Zwangsverwalter abzuwählen und in den großen Städten die Macht der AKP durch Stimmen für die CHP zu schwächen. Bemerkenswert ist, dass die HDP zu diesem Schritt aufgerufen hat, obwohl es keine Unterstützung durch die CHP im mehrheitlich kurdisch besiedelten Südosten gab.

Insgesamt wurde Erdoğan zwar geschwächt, konnte aber leider trotzdem eine knappe Mehrheit behalten. Damit sieht es so aus, als werde Erdoğan seine Kriegspolitik weiter intensivieren können. (...) *ANF (3.4.2019)*

DOK: Solidarität

Landesausschuss Die Linke Baden-Württemberg unterstützt die Forderungen der Hungerstreikenden in der Türkei und wünscht der HDP bei den Kommunalwahlen viel Erfolg.

Die Linke Baden-Württemberg unterstützt die Forderungen der sich seit November 2018 im Hungerstreik befindenden HDP-Abgeordneten Leyla Güven und der mehreren Tausend Hungerstreikenden in den Gefängnissen der Türkei nach Beendigung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan. Auch in Straßburg befinden sich kurdische Politiker*innen für diese Forderungen seit mehr als 100 Tagen im Hungerstreik. Wir fordern die Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei. Stellvertretend seien hier die ehemaligen HDP-Abgeordneten Figen Yüksedag, Selahattin Dermitas, die Bürgermeisterin Gültan Kisanak und die Sängerin Hozan Cane genannt.

Die türkische Regierung und Justiz müssen die Standards der Europäischen Menschenrechtskonvention einhalten. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Festnahmen Minderjähriger können nicht hingenommen werden. Die jahrelang andauernde Totalisolation von Abdullah Öcalan ist ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenrechte. Anwälte können ihn seit 2011 nicht mehr besuchen, Parlamentarier können seit Abbruch der Friedensverhandlungen durch die Regierung 2015 keinen Kontakt mehr zu ihm aufnehmen. Den Versuch des Erdogan-Regimes, die politische Opposition mittels Verhaftungen, Prozessen, Absetzung von Bürgermeister*innen und Einsetzung von Zwangsverwaltern zum Schweigen zu bringen, verurteilen wir.

Das Schweigen der deutschen Bundesregierung zu diesen Vorgängen in der Türkei sowie die weitere Lieferung von Militärmaterial verurteilen wir. Die Kriminalisierung von Solidaritätsaktionen in Deutschland muss eingestellt und das Verbot der PKK in Deutschland aufgebhoben werden.

Für die bevorstehenden Kommunalwahlen in der Türkei am 31. März wünschen wir unser Schwesterpartei HDP viel Erfolg: Holt euch in diesen Wahlen die Städte zurück! Ihr seid die Hoffnung für eine demokratische Türkei, in der Menschen in Frieden leben können.

Landesausschuss Die Linke Baden-Württemberg,
Freiburg, 24. März 2019

Prof. Dr. Tanja Bueltmann (Professorin für Geschichte und Vize-Dekanin in der Fakultät für Arts, Design and Social Sciences, Northumbria University, Newcastle) hat im Rahmen der 23. Karlsruher Gespräche „Die Verantwortungsgesellschaft: Zwischen Herausforderung und Überforderung“ am 23. Februar dieses Jahres über eine historische Perspektive auf die britische Migration, aber auch über den Brexit und die heutige britische Identitätspolitik vorgetragen. Der Blick auf Auswanderung und auch auf die bürgerrechtliche Seite des Brexits für EU-Bürger und Briten in der EU weist auf leider oft übersehene Konsequenzen politischen Handelns hin. Dazu das folgende Interview.

„The 3million“ und „British in Europe“

Sie haben in Ihrem Vortrag auf zwei Fakten aufmerksam gemacht, die bisher bei der Debatte um den Brexit kaum eine Rolle gespielt haben: 3 Millionen Auslandsbriten, die nicht abstimmen durften beim Referendum 2016, und 5 Millionen EU-Bürger (Briten in EU-Ländern und EU-Bürger im Vereinigten Königreich), die seit 1000 Tagen in der Schwebe leben, wie es mit ihnen weitergehen wird nach einem Brexit. „5 Millionen werden des Verbrechens beschuldigt, die Freizügigkeit genutzt zu haben“, war Ihre drastische Formulierung. Was hat es mit den 3 Millionen auf sich, und wie stellt sich die Lage der 5 Millionen, insbesondere aber auch der EU-Bürger in UK dar.

Zunächst erlaube ich mir einmal eine Korrektur: es sind 3,6 Millionen EU-Bürger in Großbritannien, und zirka 1,3 Millionen Briten in anderen EU Ländern. Daher sprechen wir von uns zusammen als „die fünf Millionen“, weil wir zusammen eben ungefähr so viele sind. Dann gibt es aber auch noch die Organisation „the3million“ – so ist ihr Name, weil nach dem Referendum zunächst immer von 3 Millionen EU-Bürgern in Großbritannien gesprochen wurde (mittlerweile ist klar, dass es mehr sind). Diese Gruppe vertritt uns EU-Bürger in Großbritannien, macht Lobbyarbeit und informiert über die Situation zu unseren Rechten (das Gegenstück für die Briten in der EU sind „British in Europe“).

Nun zur Lage: Wir sind die am direktesten betroffene Gruppe. Seit nunmehr über tausend Tagen leben wir sozusagen im Schwebezustand. Schuld daran hat zunächst einmal Theresa May: sie hat die Rechte von uns EU-Bürgern in Großbritannien, und damit eben auch die von Briten, die in einem anderen EU-Land leben, in die Verhandlungen hineingezogen; sie hat uns zur Verhandlungsmasse gemacht. Zu Beginn der Verhandlungen hatte die EU ein Angebot zur Sicherung unserer Rechte gemacht, aber das hat May abgelehnt. Seitdem ging es immer bergab. Ende 2017 wurde als Teil des Austrittsabkommens auch ein Abkommen zu unseren Rechten beschlossen, dieses gilt aber nur dann, wenn es überhaupt zu einem Abkommen kommt. Sollte es zu einem ungeregelten Brexit kommen, dann sieht es für die Bürgerrechte ganz schlecht aus. Zwar hat Großbritannien unilateral Zusagen gemacht, aber da sie unilateral sind, decken sie eben nicht alles ab. Für Briten in der EU ist die Lage noch schlimmer, weil es dann eben unter Umständen 27 verschiedene Abkommen zu ihren Rechten geben wird. Leider muss man sagen, dass sich die EU nun mittlerweile auch nicht mit Ruhm bekleckert: sie lehnt die Abkopplung der Bürgerrechte von den restlichen Verhandlungen bisher ab – eine solche Abkopplung würde uns fünf Millionen Menschen zumindest etwas Sicherheit geben, und unseren Schwebezustand beenden. Praktisch ist es machbar; legal gibt es kein Hindernis. Aber bisher fehlt der politische Wille. Das ist sehr tragisch – vor allem auch, weil manche Politiker meinen, so eine Abkopplung sei Rosinenpickerei. Fünf Million Menschen sind aber keine Rosinen. Und so kann man leider nur festhalten, dass hier gerade fünf Millionen Menschen von nun beiden Seiten auf dem Brexit-Altar geopfert werden. Die EU kann die Position noch ändern und hat die menschliche Pflicht, das auch zu tun. Wofür steht die EU, wenn sie diejenigen, die die Freizügigkeit – das Herzstück der EU – jeden Tag leben, nicht beschützt?

Selbst wenn es aber zu einem Abkommen kommt, sieht alles noch immer ziemlich schlecht aus. Alle EU-Bürger in Großbritannien müssen sich bewerben, wenn sie bleiben wollen – damit muss man erstmal mental klarkommen: selbst Menschen, die seit 30 oder 40 Jahren hier leben, müssen dies tun, wenn sie keine anderen Dokumente haben, die ihre Rechte bereits bestätigen. Zudem wird das System auf eine Weise umgesetzt werden, die in vielerlei Hinsicht den Schwebezustand aufrechterhält. So können Millionen von Menschen doch nicht leben! Sie haben nichts falsch gemacht. Das Leben in der Schwebe hat zudem schon jetzt viele negative Folgen. So höre und lese ich zum Beispiel vermehrt von Selbstmordgedanken. Politiker und Kommentatoren auf beiden Seiten sehen dies nicht (oder wollen es nicht sehen). Der menschliche Preis des Brexits ist bereits jetzt viel zu hoch.

Sie haben in der Konsequenz an Ihre Zuhörer appelliert, die jeweiligen EU-Parlamentarier zu mobilisieren, dass sie sich für die Bürgerrechte dieser Betroffenen ganz konkret einsetzen sollen, nämlich die Bürgerrechtsfrage vom Brexit-Deal zu trennen. Wie würde das konkret aussehen?

Es gibt verschiedenen Möglichkeiten. Die Forderung von the3million und British in Europe ist es, dass man sozusagen eine Notfallklausel einbaut: sollte es zum ungeregelten Brexit kommen, dann müssen die Rechte abgekoppelt werden und das Abkommen zu den Bürgerrechten trotzdem umgesetzt werden. Nur so, über einen bilateralen, internationalen Vertrag, kann man etwas Sicherheit geben. Sonst gibt es einen Flickenteppich, und Menschen würden, davon muss man ausgehen, auf Jahre weiterhin Verhandlungsmasse bleiben. Je mehr Menschen über diese Situation wissen, und ihre Politiker vor Ort darum bitten, die Abkopplung zu unterstützen, desto besser.

Sie zitierten Theresa May vom Oktober 2016: „If you believe you are a citizen of the world, you are a citizen of nowhere. You don't understand what citizenship means.“ Sie gab damit den Startschuss für eine politische Zukunft von Großbritannien, die plakativ mit dem Begriff Empire 2.0 beschrieben werden kann. Was spielt sich auf der Seite dieser na-

tionalistischen, von „Rule-Britannia"-Wahnvorstellungen getriebenen politischen Akteure ab? (Die spannende Auseinandersetzung über diesen Ausspruch von Theresia May: https://www.bbc.com/news/uk-politics-37788717)

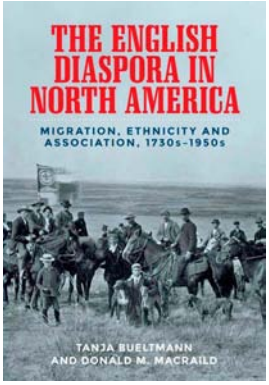
Nostalgie für das Empire – genauer gesagt, eine Nostalgie für ein Empire, das es so eigentlich nie gab – spielt eine ganz große Rolle in der Selbstwahrnehmung vieler Briten. Wobei man das qualifizieren muss: vor allem vieler Engländer. Nach dem Wegfall des Empire hat Großbritannien es nie wieder vermocht, eine richtige Führungsrolle einzunehmen. Viele glauben nun, dass das nach dem Brexit der Fall sein wird. Das man wieder ein „big player" sein kann. Das ist natürlich Quatsch: das genaue Gegenteil wird der Fall sein. Zudem kommt hinzu, dass Großbritannien seine eigene imperiale Geschichte nie richtig aufgearbeitet hat. So kommt es manchmal zu einem sehr verschrobenen Verständnis dazu, wie Dinge funktionieren. Das sieht man ja jetzt besonders gut: viele wollen eben den EU-Club verlassen, aber trotzdem alle Clubvorteile nutzen. Die Annahme, dass sie etwas Besonderes sind, dass sie besser sind als andere – das gibt es unter vielen Briten, und vor allem unter Engländern, schon lange. All dies ist nichts anderes als Populismus. Indem man mit der Nostalgie und Erinnerungen an Weltmacht spielt, und zeitgleich Migranten als „die anderen" bezeichnet, die schlecht sind und nur Schaden bringen, spielt man Menschen gegeneinander aus. Und zwar vor allem mit Lügen.

Sie sprachen auch davon, dass Sie sich gleich am ersten Tag nach dem Referendum einem bis dahin nicht gekannten Anti-German-Ressentiment ausgesetzt sahen. Politiker, also Verantwortungsträger, hätten das aufgebracht. Wie hat sich diese Stimmung entwickelt in den letzten drei Jahren?

Schon während des Referendums sah man das immer wieder. In den letzten vier Monaten hat es sich aber nochmal verstärkt. Ich habe dazu hier mehr geschrieben: https://www.haaretz.com/world-news/.premium-how-brexit-has-made-britain-anti-german-again-1.6912971 Oft bezieht sich die Rhetorik auf die Weltkriege und dass Großbritannien doch den Zweiten Weltkrieg gewonnen hätte. Dass das nur mit Verbündeten möglich war, wird gerne vergessen.

Können Sie uns noch ein paar Sätze zu Ihren Forschungsschwerpunkten sagen – die britische Emigration überhaupt in den Fokus zu nehmen, ist in den gegenwärtigen Zeiten so aktuell, dass ich mich über eine Leseempfehlung von Ihnen für eines Ihrer Bücher freuen würde.

Ich beschäftige mich mit der Emigration von Schotten und Engländern, insbesondere im Zeitraum zirka 1800 bis 1930. Insbesondere interessiert mich, warum viele Migranten in ihrer neuen Heimat als Gruppen zusammenkommen – welche Rolle spielt die Ethnizität für die Identität, aber auch für Netzwerke – wir sprechen hier im Grunde vom sozialen Netzwerk vor Facebook und Linkedin, denn genau so nutzen viele schottische und englische Migranten (und eigentlich alle Migranten aller Gruppen) oft ihre Ethnizität. Ich empfehle Ihnen: „The English Diaspora in North America" (https://books.google.co.uk/books?id=IYLJDgAAQBAJ&printsec=frontcover&dq=english+ethnicity+bültmann&hl=en&sa=X&ved=0ahUKEwjM2_Xbi7ThAhXZSxUIHbSmApIQ6ÄIKDAA#v=onepage&q&f=false)



Als letzte Frage: Sie haben eine Kampagne gestartet: EU Citizens' Champion (http://eucitizenschampion.co.uk). Können Sie uns über Ziele der Kampagne, vielleicht von Aktionen und von der Resonanz berichten?

Diese Kampagne hat zwei Ziele: zum einen finanziert sie einen Teil der Arbeit der the3million. Zum Beispiel werden the3million im Sommer eine neue Wohltätigkeitsorganisation, „Settled" (frei übersetzt: Niedergelassen), haben, die EU-Bürgern bei der Bewerbung auf den neuen Status helfen wird. Für die Arbeit, die damit zusammenhängt, kommt das Geld im Moment direkt (und nur) von Spenden über meine Kampagne. Das zweite Ziel ist es, über die Situation der EU-Bürger zu informieren, Briten zu erklären, wie die Lage ist, und was nun passiert. Letztendlich soll das dazu dienen, den Diskurs zur Migration insgesamt positiv zu verbessern. Dazu stellt die Kampagne zum Beispiel Materialien zur Verfügung. Dazu gab es verschiedene Aktionen, einige davon sind in diesem Newsletter dargestellt: https://spark.adobe.com/page/5SHstTFS1NpAA/?ref=https%3A%2F%2Fspark.adobe.com%2Fpage%2F5SHstTFS1NpAA%2Fembed.html&embed_type=overlay&context=expand.

Vielen Dank für das Interview, viel Erfolg zur Erreichung Ihrer Ziele.

Die Interviewfragen stellte Eva Detscher, Karlsruhe

Anmerkungen:

Der Vortrag von Frau Prof. Bueltmann bei den 23. Karlsruher Gesprächen kann auf Youtube angesehen werden: https://www.youtube.com/watch?v=9wGKXQ-bMV0

Noch zur Person: Frau Bueltmann ist eine Historikerin der Migration und Diaspora. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der britischen Weltgeschichte, insbesondere der Kultur- und Sozialgeschichte schottischer, englischer und deutscher Auswanderer. Ihr besonderes Interesse gilt dem Verbandsleben der Auswanderer in Nordamerika, den Antipoden und Teilen Asiens. Sie ist seit langem bestrebt, eine breitere Öffentlichkeit über ihre Forschung zu informieren, und arbeitet dazu mit verschiedenen Gruppen und heutigen Klubs und Verbänden von Auswanderern, aber auch Museen zusammen, insbesondere dem National Museum of Scotland. Frau Bueltmann ist auch eine produktive Kommentatorin für weiterreichende soziale und politische Themen, unter anderem für den Guardian, The Big Issue und Huffington Post. Auf Twitter ist Frau Prof. Bueltmann auch zu finden: https://twitter.com/cliodiaspora

Spanien vor der Wahl

Hans Marin, Mannheim

Noch wenige Wochen bis zur landesweiten Wahl in Spanien am 28. April und die Lage könnte unübersichtlicher kaum sein. Den Umfragen nach wird es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Lagern geben. Die PSOE (Sozialdemokraten) wird stärkste Partei, aber für eine Regierungsbildung wird es unter Umständen nicht reichen, weil die anderen linken Kräfte eher an Stimmen verlieren werden. Die PP („Partido Popular", konservativ/christdemokratisch) könnte es dagegen schaffen, wenn sie bereit ist, mit den Ciudadanos (dt. „Bürger", konservative Protestpartei, 2006 als Regionalpartei in Barcelona gegründet, seit 2015 in ganz Spanien vertreten) und der VOX (Rechtsextreme) eine Koalition einzugehen.

Der Zustand der Parteien

Dieser Kurs ist wohl in der PP nicht ganz unumstritten, aber Casado, der Spitzenkandidat der PP, hat die Kandidatenlisten so zugeschnitten, dass er kaum mit Widerstand rechnen muss. Die PP insgesamt ist unter Casado weit nach rechts gerückt und führt auch den Wahlkampf vorwiegend mit rechten Themen.

Die Ciudadanos waren lange im Aufwind, träumten davon, die stärkste Kraft des rechten Lagers zu werden, verlieren aber gerade etwas an Boden. Die frühe Festlegung ihres Spitzenkandidaten Albert Rivera, nicht mit der PSOE koalieren zu wollen und sich damit in ein Lager zu

begeben, erzeugt internen Widerspruch. Dazu kommen noch ein paar hausgemachte Skandale, wie zum Beispiel die Tatsache, dass es offensichtlich Unkorrektheiten bei der Listenerstellung für die Kandidaten gegeben hat.

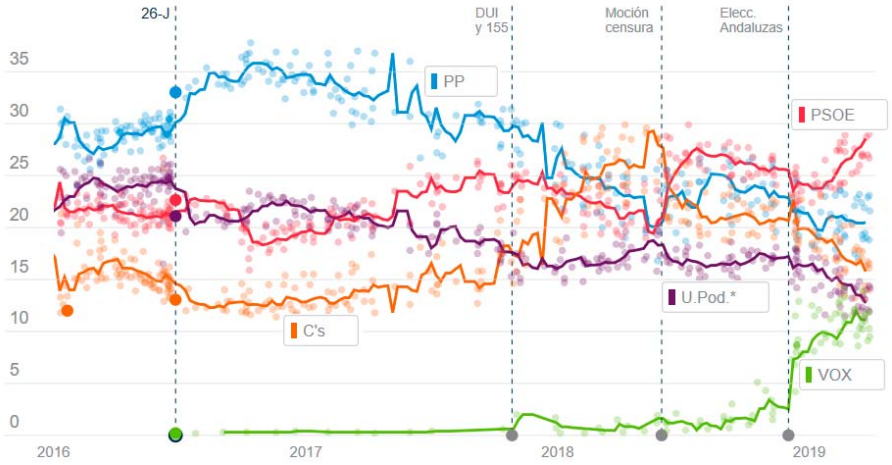
Sowohl PP als auch Ciudadanos betrachten mit Sorge, wie die dritte Kraft des rechten Lagers, VOX, abschneiden wird. Die Partei wurde 2013 als Abspaltung von der PP gegründet, und bündelte die offen franquistischen Kräfte, denen die damalige PP zu weit in die Mitte gerückt war. Ihren ersten großen Erfolg hatte sie bei den Regionalwahlen in Andalusien Ende 2018, als sie völlig überraschend zwölf Sitze errang und mit diesen die Regierungsübernahme einer rechten Koalition in Andalusien ermöglichte. Die Rolle der Mehrheitsbeschafferin könnte ihr auch nach diesen Wahlen zufallen.

Auch wenn sich die veröffentlichten Umfragen stark widersprechen, so gehen sie doch allen von der Tatsache aus, dass die PSOE als stärkste Kraft aus dieser Wahl hervorgehen wird. Selbst unter der Voraussetzung, dass der rechte Block nicht die absolute Mehrheit erreicht, müsste sich die PSOE, um zu regieren, mit den übrigen linken Kräften und den verschiedenen nationalistischen Parteien des Baskenlandes und Kataloniens auf ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen. Dies wird nicht ganz einfach.

Die restliche Linke ist stark fragmentiert. Zwar haben sich Podemos, Izquierda Unida und Equo wieder zu einer gemeinsamen Kandidatur unter dem Namen Unidas Podemos zusammengeschlossen, aber ob sich das überall umsetzen lässt, ist fraglich. In Galicien, Valencia, Madrid, Asturien und Katalonien werden regionale linke Kräfte wohl eigene Listen aufstellen, auch auf die Gefahr hin, dass diese Zersplitterung zu weniger Sitzen im Kongress führen wird. Die Linien in der Auseinandersetzung verlaufen hier entlang der Frage der Haltung zur PSOE und in Galicien und Katalonien auch entlang der Frage der Unabhängigkeit.

Aus dieser unübersichtlichen Gemengelage ergeben sich zahlreiche mögliche Varianten einer zukünftigen Regierung. Wenn man die Presse und die veröffentlichte Meinung verfolgt, kommt man zum Schluss, dass die, die wirklich das Sagen haben, nach der Wahl am liebsten eine Regierung aus PSOE und Ciudadanos sehen würden. Insofern kann man gespannt sein, ob die Ciudadanos ihre Festlegung auf die PP auch nach der Wahl noch aufrechterhalten werden.

Für eine solche Regierung fänden sich wohl auch Befürworter in der PSOE, in der der alte Kampf zwischen Susana Diaz und Pedro Sánchez wiederauflebt. Hier liegt Sánchez leicht im Vorteil, nachdem



Umfragen und Wahlergebnisse für die großen spanischen Parteien seit 2016

auch er die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten so zugeschnitten hat, dass die Befürworter seiner Linie nach der Wahl eine Mehrheit in der PSOE-Fraktion des Kongresses haben werden.

Unidas Podemos hat als klares Wahlziel eine Regierungsbeteiligung ausgegeben und positioniert sich im Wahlkampf auch als Alternative zur PSOE und deren zukünftiges Korrektiv in einer Koalitionsregierung. Mit einer starken Betonung von sozialen Themen versucht das Bündnis die Million Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen, die sich von Wahl zu Wahl in die Stimmenthaltung geflüchtet haben.

Das spanische Wahlsystem

Im spanischen Wahlsystem werden die Sitze des Parlaments nicht auf Länderebene, sondern auf Provinzebene vergeben, und es gibt keine Ausgleichsmandate wie in Deutschland. Das führt regelmäßig dazu, dass in Provinzen, in denen nur zwei oder drei Sitze vergeben werden, die Stimmen der dritt- oder viertstärksten Partei verlorengehen. Eigentlich sind es also 52 Wahlen in 52 Provinzen, die stattfinden. Das könnte letztendlich heißen, dass die Entscheidung, ob es dem rechten oder linken Block zur Bildung einer Regierung reicht, in den 28 kleinsten Wahlkreisen fällt, die zusammen 103 der insgesamt 350 Sitze zu vergeben haben.

Katalonien und die Unabhängigkeitsbewegung

Darüber hinaus spielt die Situation in Katalonien eine gewisse Rolle. Die PP und VOX können sich dort nicht viel ausrechnen. Die Ciudadanos sind in den letzten regionalen Wahlen als Sieger hervorgegangen. Ob sie das wiederholen können, ist fraglich. Das Spektrum um Podemos und IU in Katalonien ist in diverse Teile gespalten. Teile davon tendieren dazu, mit der ERC (linksseparatistisch) gemeinsam zu kandidieren. Bei der PDeCAT (liberalseparatistisch) hat sich der harte Flügel durchgesetzt, was bedeutet, dass im Erfolgsfalle von ihm keine Unterstützung einer PSOE-Regierung zu erwarten ist. Unmöglich vorherzusagen. wie sich die 47 zu vergebenden Sitze verteilen werden. Viel wird auch davon abhängen, wie sich der Prozess gegen die Unabhängigkeitsbefürworter entwickelt, die gegenwärtig in Madrid vor Gericht stehen.

Die bisherige Politik der Sánchez-Regierung

Die geschäftsführende Regierung legt auf den letzten Metern noch einmal alles ins Zeug, um zu punkten, unter anderem mit Lohnerhöhungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und einer Rentenerhöhung. Das kann sich zu Gunsten der PSOE auswirken.

Die Frauenbewegung

Gerade haben zum zweiten Mal hintereinander am 8. März massive Demonstrationen der Frauenbewegung stattgefunden. Das könnte einen Schwung für die beiden Parteien geben, die sich klar feministisch positioniert haben, PSOE und Unidas Podemos.

Millionen von Unentschlossenen

Alle Umfragen besagen, dass ein hoher Prozentsatz der Wählerinnen und Wähler sich noch nicht festgelegt haben und bis zu letzten Minute schwanken werden, wen sie wählen, respektive, ob sie überhaupt zur Wahl gehen werden.

Gerade hat der offizielle Wahlkampf begonnen und man kann gespannt sein, welche Überraschung er noch bergen wird. Unruhige Tage bis zum 28. April.

DOK: Aktionen – Initiativen: Umstrittenes Urheberrecht

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

Thorsten Jannoff. Die umstrittene Reform des Urheberrechts wurde am 26. März vom EU-Parlament verabschiedet und steht am 15. April im Europäischen Rat zur Abstimmung. Wenn diese dort auch eine Mehrheit findet, müssen die Mitgliedsstaaten der EU den Kompromiss noch einmal bestätigen. Danach wird die Richtlinie im Amtsblatt der EU veröffentlicht und muss innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden. Die Reform soll für die Durchsetzung dessen sorgen, was sonst im durchregulierten Kapitalismus gültig ist. Die Produzenten, in diesem Fall von Kunst und Kultur, sollen für die fremde Verwertung ihrer geleisteten Arbeit und ihrer Produkte bezahlt werden. Gegen diese Regulierung für dieses berechtigte Interesse formierte sich größtenteils in Deutschland heftiger Widerstand. Die Befürchtung ist, dass damit ein anderes berechtigtes Interesse auf dem Spiel steht, die Meinungsfreiheit. Im Fokus der Kritik stehen die sog. Uploadfilter. In der emotionalen und polarisierenden Debatte gingen konstruktive Vorschläge für eine Verbesserung der Reform im Sinne der Meinungsfreiheit und der Rechte der Produzenten unter, etwa mit welchen technischen Weiterentwicklungen beides gewährleistet werden könnte.

Initiative Urheberrecht begrüßt Ergebnis der Abstimmung

Berlin. Die Initiative Urheberrecht begrüßt die Annahme der Urheberrechtsrichtlinie durch das EU-Parlament. Mit der Richtlinie, die nun in nationales Recht umgesetzt werden muss, werden wichtige Grundlagen zum fairen Umgang mit dem Urheberrecht in der digitalen Informationsgesellschaft gelegt.

Die großen Plattformen werden in die Verantwortung genommen: Sie müssen in Zukunft die Urheber*innen und Künstler*innen und Rechteinhaber der auf ihren Plattformen verbreiteten Werke im Rahmen von Verträgen vergüten. Die Nutzer*innen werden dagegen zukünftig weitgehend von der Verantwortung freigestellt. Durch die weiteren Vorschriften wird der Zugang zu Werken erleichtert und werden die Rechte der Urheber*innen und Künstler*innen gestärkt. (...() Die Initiative Urheberrecht hofft, dass die von den Tech-Konzernen und einigen Politiker*innen aufgrund von Fehlinformationen ausgelösten Widersprüche zwischen Nutzer*innen, Urheber*innen und Rechteinhabern im Zuge der Umsetzung aufgelöst werden können. Gerhard Pfennig: „Wir alle wollen das Internet nicht zensieren, sondern gemeinsam zu einem demokratischen Medium weiterentwickeln."

In der Initiative arbeiten mittlerweile mehr als 35 Verbände und Gewerkschaften zusammen, die die Interessen von insgesamt rund 140 000 Urheber/innen und ausübenden Künstler/innen vertreten. Die Initiative versteht sich als alle Sparten kreativen Schaffens bündelndes Diskussionsforum, das sich aktiv für die Belange der Urheber/innen und ausübenden Künstler/innen einsetzt. Die Initiative ist für weitere Organisationen offen.

urheber.info/sites/default/files/story/files/190326_pm_ini_urheberrecht_eu-richtlinie_abstimmung_ep.pdf

Die Zukunft der Urheberinnen und Urheber

Brüssel. (22.3.2019) Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden am Dienstag, dem 26. März 2019, über die „Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt" abstimmen. Dies ist ein historischer Moment, dessen Folgen für die Zukunft aller Urheberinnen und Urheber in Europa, in den verschiedenen Kreativbereichen und insbesondere im Buchsektor, entscheidend sein wird. Aus diesem Grund fordern die Organisationen, die knapp zwanzigtausend Autoren, Schriftstellerinnen, Übersetzer und Übersetzerinnen, Bloggerinnen und Drehbuchautoren aus mehreren europäischen Ländern (Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien) repräsentieren, die gewählten Vertreter des Europäischen Parlaments nachdrücklich auf, ihre Verantwortung ernst zu nehmen und für die Annahme dieser Richtlinie am 26. März dieses Jahres zu stimmen.

Der Richtlinien-Entwurf enthält alle erforderlichen Voraussetzungen, um den Zugangs für die größtmögliche Zahl von Menschen zu kreativen Werken in der digitalen Welt zu gewährleisten, indem sie sicherstellt, dass die Grundsätze des Urheberrechts beachtet werden, und dass die Urheber und Urheberinnen eine angemessene Vergütung für die Nutzung ihrer Werke im Internet erhalten.

Online-Content-Sharing-Dienstleister erwirtschaften mit der Verbreitung kultureller Inhalte astronomische Einnahmen, ohne im Gegenzug relevant zur Finanzierung der künstlerischen Werke beizutragen.

Es ist normal und fair, dass die Urheberinnen und Urheber der über diese

Plattformen vertriebenen Werke eine Vergütung erhalten, die proportional zu ihrer Nutzung ist.

Die „Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt"2x erkennt somit das Recht der Urheberinnen und Urheber auf eine angemessene und verhältnismäßige Vergütung für die Nutzung ihrer Werke an (Artikel 14) und sieht die Möglichkeit vor, die Bedingungen ihrer Vergütung im Falle eines wirtschaftlichen Erfolgs neu zu verhandeln (Artikel 15). Sie erweitert die Verwendung von Nutzungslizenzen (Artikel 13) und schließt den entstandenen value gap. Sie fördert außerdem den grenzüberschreitenden Zugang zu Werken für Forschungs- und Lehrzwecke (Artikel 3, 4, 5 und 7).

Alle diese Bestimmungen bringen für die Urheberinnen und Urheber, aber auch für die Internetnutzer und -nutzerinnen erhebliche Fortschritte, da sie die Voraussetzungen für die Entwicklung eines vielfältigen kulturellen Angebots im Internet schaffen.

Lena Falkenhagen, VS | Marie Sellier, SGDL | Natale Antonio Rossi, FUIS | Manuel Rico Rego, ACE (vier Organisationen von Schriftstellerinnen, Übersetzern und Übersetzerinnen, Bloggerinnen und Drehbuchautoren aus Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien)

https://vs.verdi.de/themen/nachrichten

Urheberrechtsreform: Rat entscheidet wohl am 15. April

Berlin. Die endgültige Abstimmung im Europäischen Rat über die Reform des Urheberrechts wird voraussichtlich eine Woche später als gedacht stattfinden. Als Termin sei nun der 15. April 2019 wahrscheinlich, sagte ein Sprecher der Vertretung der EU-Staaten am Mittwoch in Brüssel. Es könne jedoch noch Änderungen geben. Ursprünglich stand der 9. April im Raum. Einen Grund, warum das Votum nun für den 15. April geplant sei, konnte der Sprecher nicht nennen, meldet die Nachrichtenagentur dpa.

Das Europäische Parlament hatte der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt am 26. März mit Mehrheit zugestimmt ...

www.urheber.info/aktuelles/2019-03-27_urheberrechtsreform-rat-entscheidet-wohl-am-15-april

EU-Urheberrechtsreform: Fragwürdige Marktbereinigung statt fester Grundrechte

Brüssel. Martina Michels, Mitglied im EP-Kulturausschuss (CULT), sprach in der heutigen Debatte und kommentiert die darauffolgende finale Abstimmung zur EU-Urheberrechtsrichtlinie. Der Text von Axel Voss (CDU), gegen den alle sieben Die Linke.-Abgeordneten stimmten, wurde mit 348 zu 274 Stimmen angenommen:

„Eine Reform und vor allem auch eine Harmonisierung des europäischen Urheberrechts wäre nötig gewesen und hätten wir auch sehr begrüßt, denn wir sind uns einig, dass das Urheber- und Urheberinnenrecht an das 21. Jahrhundert angepasst werden muss. Doch es votierte eine Mehrheit des Plenums dafür, sich weiterhin im 20. Jahrhundert zu verstecken: Naive Technikgläubigkeit und härtester Lobbyismus von Springer & Co. haben dazu geführt, dass wir jetzt mit einer Richtlinie konfrontiert sind, die die Meinungsfreiheit bedroht, die Medienpluralität einschränkt und den meisten Kreativen keinen Cent mehr bringen wird. Dass eine Mehrheit der Abgeordneten den Sinn von Memes oder Parodien infrage stellt, kann nicht der Weisheit letzter Schluss für ein Gesetz sein, das die künftige gesellschaftliche Kommunikation in Schranken weist. Am Ende werden die heute getroffenen Entscheidungen die großen Plattformen sogar noch reicher machen als sie ohnehin schon sind, weil sie ihre Uploadfilter-Technologien massenhaft in Lizenzen weiterverkaufen können und werden."

„Wir haben verpflichtende Uploadfilter, wie sie in Artikel 13 (jetzt 17) vorgeschlagen sind, von Beginn an abgelehnt. Sie können urheberrechtlich geschützte Werke nicht eindeutig identifizieren und vor allem nicht unterscheiden, ob sie nur zitiert, parodiert, nachgeahmt oder in einem Remix neu geschöpft werden. Vor allem geht es hier auch darum, private, meist US-amerikanische Unternehmen mit der privaten Rechtsdurchsetzung zu beauftragen, damit sollen Facebook, Google & Co. künftig darüber entscheiden, was rechtens und was Unrecht ist. Uploadfilter und private Rechtsdurchsetzung sind jedoch die falschen und gefährliche Mittel der Wahl, um mehr Einkünfte für Kreative zu generieren."

„Ähnlich absurd finden wir die ‚Linktax' auf anmoderierende Presseartikel (Leistungsschutzrecht). Deutschland wie Spanien haben den Praxistest so offensichtlich an die Wand gefahren, dass es eine europäische Lösung auf diese Weise nicht besser machen wird. Zahlreiche Medien – darunter auch ZEIT ONLINE oder die TAZ – veröffentlichten im letzten Jahr die Zahlen ihres Traffics: Zwischen 40 und gar 80 Prozent des Traffics dieser online Medien wird durch Google oder die ‚sozialen' Netzwerke generiert. Wenn dieser Strom abbricht, werden die Gehälter der Kreativen sicher nicht anwachsen. Hier werden also Brücken eingerissen, ohne Alternativen aufzubauen."

„Der Fokus auf diese beiden Artikel und deren Konfliktfelder hat überdies eines der Anliegen der Reform – nämlich vernünftige Ausnahmen für Kulturerbe, Bildung und Wissenschaft europäisch zu harmonisieren – völlig in den Hintergrund geschoben, obwohl ich mir auch hier viel mehr gewünscht hätte."

„Last but not least: Die Artikel, die Kreativen eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den Verwertern gebracht hätten, wurden im Trilog abgeschwächt. Es gab viele Gründe, heute gegen die Artikel 13 (jetzt 17) und Artikel 11 (jetzt 15) zu stimmen. Man kann fair und ehrlich Interessen abwägen, aber Meinungsfreiheit lässt sich nicht in einen Ausgleich zu Eigentumsrechten bringen. Beide Rechtsgüter sind in einer Richtlinie zu garantieren. Genau das ist hier aber nicht gelungen. Es wurden die Bedenken von über fünf Millionen Bürginnen und Bürgern ignoriert, von Verbänden, in denen auch Kreative organisiert sind, von Wissenschaft und NGOs. Egal, wie Uploadfilter im Artikel 13 (17) umschrieben werden: Kleinere Provider können nicht mit der ganzen Welt Lizenzen aushandeln. Das ist absurd und unrealistisch. Die kostspielige Filterpflicht bleibt. Plattformregulierung sieht anders aus: Digitalsteuer, ethische Algorithmen, strenges Kartellrecht. Deshalb haben alle sieben Abgeordneten der Linken im EP das Ergebnis des Trilogs abgelehnt, wie bereits im September im Plenum. Es geht nicht um Marktbereinigung, sondern um die freie Kommunikation im 21. Jahrhundert, analog und digital. Und wenn diese bedroht ist, auch wenn nur theoretisch, dürfen wir keine fragwürdigen Kompromisse machen, schon gar nicht, wenn damit die online Kommunikation der Zukunft geregelt werden soll."

https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12303.eu-urheberrechtsreform-fragwürdige-marktbereinigung-statt-fester-grundrechte.html

Alle Abgeordneten von Die Linke. (Sabine Lösing und Gabi Zimmer nicht im Bild) haben die Artikel 13 und Artikel 11 sowie die gesamte Vorlage abgelehnt.

Urheberrechtsreform darf nicht das letzte Wort sein

Berlin. Zum Ergebnis der Abstimmung im EU-Parlament über die EU-Urheberrechtsreform sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei Die Linke:

Diese Reform war von Anfang an eine Fehlkonstruktion. Bei der Unterdrückung unautorisierter Nutzungen schießt sie über das Ziel hinaus, während sie bei der Stärkung der Rechte der Urheberinnen und Urheber eine zeitgemäße Vision vermissen lässt. Bei mir verfestigt sich der Eindruck, dass hier die Urheberinnen und Urheber vorgeschoben wurden, um die Interessen der Rechte-Verwertungsindustrie zu bedienen. Leider mit Erfolg:

Die umstrittene EU-Urheberrechtsreform ist beschlossen, mit allen Folgen, die das für das Internet haben wird. Wir, die wir uns dagegen eingesetzt haben, werden jetzt natürlich nicht die Hände in den Schoß legen. Im Gegenteil sehe ich das als Ansporn, dass wir ein neues, besseres Urheberrecht auf den Weg bringen müssen. Ein Urheberrecht, das die Rechte der Urheberinnen und Urheber stärkt und gleichzeitig die Entwicklung der digitalen Welt als Chance begreift, nicht als Bedrohung. Ich hoffe sehr, dass die Bewegung, die dieser Tage im Netz und auf der Straße laut zu hören war, dabei aktiv bleibt. Gemeinsam können wir Druck für eine bessere Lösung machen.

Eine solche Lösung dazu könnten Pauschallizenzen sein, bei denen die Vergütung direkt an die Urheberinnen und Urheber fließt, ohne Umweg über die Verwertungsindustrie. Als Alternative zu Uploadfiltern funktioniert das natürlich nur, wenn es europaweit eingeführt wird.

www.die-linke.de/start/presse/detail/eu-urheberrechtsreform-darf-nicht-das-letzte-wort-sein/?no_cache=1&cHash=27694b42117c3936767e7feeb2387f80

AfD-Denunziantenportal Hamburg – Starke Zivilgesellschaft, schwacher Schulsenator

Christiane Schneider, Hamburg

Mit einer Kleinen Anfrage – gestellt zu Beginn der 14tägigen Märzferien – hat die Hamburger AfD-Fraktion einen Konflikt entfacht, der große Wellen geschlagen hat. Zuletzt gipfelte er in der Forderung der Linksfraktion nach Rücktritt des SPD-Schulsenators.

Die Schule als geschützten Raum verteidigen

Die AfD-Fraktionen in den Landesparlamenten betreiben anonyme Meldeportale, mit denen sie LehrerInnen und SchülerInnen auffordern, Verstöße gegen die „Neutralitätspflicht", wie es offiziell heißt, tatsächlich aber AfD-kritische Äußerungen und Aktivitäten zu melden. Der „Erfinder" dieses Denunziantenportals ist der Hamburger AfD-Abgeordnete Wolf, ein Abgeordneter mit völkisch-nationalistischem Hintergrund und einer langen rechten Biografie, u.a. als Mitglied und Alter Herr der extrem rechten Burschenschaft Danubia. Mit seiner reich bebilderten Kleinen Anfrage zielte er auf die Ida-Ehre-Schule, deren Selbstverständnis lautet: „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage".

In der Kleinen Anfrage ging es im Wesentlichen um eine Sammlung linker und antifaschistischer Aufkleber auf der Pinnwand in einem Klassenraum, um einige Aufkleber im Schulgebäude und an der Eingangstür, um einen hingemalten Schriftzug „ACAB" und um ein Foto, das SchülerInnen in einem Klassenraum mit einem Transparent gegen den „Schulpranger" der AfD zeigt. Bei Ferienbeginn war es der Schulleitung im ihr zugebilligten Zeitraum von weniger als zwei Werktagen unmöglich, den Hintergrund der von der AfD präsentierten Bilder aufzuklären. Die Schulbehörde hatte dennoch nichts Eiligeres zu tun, als alle Aufkleber und Schmierereien zu entfernen, einer Fachlehrerkonferenz aufzugeben, sich damit zu beschäftigen, inwieweit das politische Neutralitätsgebot an der Schule eingehalten werde, und die Antwort ausführlich und zur Genugtuung der AfD zu beantworten.

Unmittelbar nach den Schulferien stieg das Abendblatt mit der Schlagzeile „Linksextremisten agieren ungestört an Schule" ein. In einem Kommentar, den er später allerdings selbst kritisch sah, schrieb der Journalist: „Dafür, dass eine Schule Extremisten so den roten Teppich ausrollt, gibt es zwei mögliche Erklärungen: Entweder sind die verantwortlichen Lehrer so ahnungslos, dass man sich fragt, was sie ihren Schülern beibringen. Oder sie halten linken Extremismus (anders als rechten) für eine im Grunde gute Sache."

Erst nachdem die Schule wieder angelaufen war, konnte die Schulleitung die Vorwürfe aufklären und in fast allen Punkten zurückweisen. Die Aufklebersammlung an der Pinnwand stand im Zusammenhang eines mehrwöchigen Kunstprojekts der Oberstufe: „Sich einmischen – Kunst als kulturelle Kompetenz". Die SchülerInnen konnten dabei, sofern niemand Einspruch erhob, Aufkleber, Bilder und Texte an die Pinnwand heften. Die monierten Aufkleber im Gebäude befanden sich nicht öffentlich einsehbar in einer Sitzecke, sie trage, so die Schulleitung, selbstverständlich die Verantwortung, dass sie entfernt würden. Das Foto mit dem Transparent entstand für einen von der Stadt ausgeschriebenen Wettbewerb, an dem einige erwachsene SchülerInnen teilnahmen und dafür nach Rückfrage den Klassenraum nutzen konnten.

Die Schulbehörde hat ängstlich agiert und ist unnötig vorgeprescht, anstatt sorgfältig aufzuklären. Dass sie dafür Zeit braucht, hätte sie in der Antwort gut begründen können. So aber hat sie das AfD-Denunziantenportal geadelt und deren Angriff eine Wucht verliehen, die er sonst nicht erreicht hätte. Das kritisierte unsere schulpolitische Sprecherin Sabine Boeddinghaus in ihrer hier dokumentierten Rede in der Bürgerschaft am 27. März. Obwohl auch die CDU-Rednerin ihn kritisierte und Rot-Grün die Verteidigung versagten, blieb der Senator stumm. Kein Wort zum Sachverhalt, kein Wort der Selbstkritik, bis heute nicht. Einen Fehler habe er nicht gemacht, beharrt er. Das war noch nicht alles. Tage später wurde bekannt, dass die Schulbehörde einem benachbarten Gymnasium zum Thema „Menschenrechte und Extremismus in der EU" als parlamentarischen Experten ausgerechnet Herrn Wolf empfahl. Das ließ der Senator seinen Pres-

Sabine Boeddinghaus, Fraktionsvorsitzende der Linken, am 23. März in der Bürgerschaft:

„Meine Fraktion spricht der Ida-Ehre-Schule ihre volle Solidarität aus!“

Wir sind beeindruckt von der klaren Haltung der Schulleitung gegen eine „Diskursverschiebung in die Richtung, dass Antifaschismus an Schulen nicht gewünscht sei oder der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung widerspreche.“

Wir sind beeindruckt von den jungen Menschen, die deutlich sagen, wir sind Antifa, aber nicht gewalttätig; und wir sind beeindruckt von den Eltern, die ebenfalls Haltung gegen rechts beziehen. Sie alle, weitere Schulen, die GEW und DGB gemeinsam mit der kraftvollen und bunten Demo am Sonntag senden eine wichtige Botschaft in die Stadt: Antifaschismus ist Verpflichtung, Faschismus ist ein Verbrechen!

Als bildungspolitischer Sprecher sitzt Herr Wolf, wenn überhaupt, im Fachausschuss und schweigt zu allen relevanten Themen. Er interessiert sich nicht die Bohne für die alltäglichen schulischen Belange der SchülerInnen und LehrerInnen. Sein alleiniges Streben und Trachten ist das Säen von Ängsten, Misstrauen, Anfeindungen, miesen Unterstellungen, das Spalten von Schulgemeinschaften. Deshalb ist für uns ganz klar: das Hetz- und Denunziantenportal der AfD ist völlig inakzeptabel.

Und daher darf es hier im Haus von niemandem heißen, wir finden das ja auch schlecht, aber... Nein, kein aber! Das Portal ist ein Kultur- und Tabubruch und gehört sofort abgeschaltet!

Leider hat sich die Behörde nicht mit Ruhm bekleckert. Ich kann Ihnen das nicht ersparen, Herr Senator! Denn anders als Vertreter der Presse, die sich der öffentlichen Debatte gestellt und daraus Konsequenzen gezogen haben, verteidigte die Behörde für Schule und Berufsbildung ihr übereiltes und unreflektiertes Vorgehen auf sture Art und Weise. Das überrascht zwar nicht, ist aber in diesem Fall besonders erschreckend und bleibt sicher nicht ohne Folgen für das Klima an unseren Schulen und das ist fatal. Und Sie tragen mit Verantwortung für die Debatte heute!

Sie sind aus mir unerfindlichen Gründen über das Stöckchen der AfD gesprungen und haben sich damit von deren niederen Beweggründen instrumentalisieren lassen.Natürlich hätten Sie den Spielraum gehabt, diese Schriftliche Kleine Anfrage mit Hinweis auf die Ferien und die notwendige Rückkoppelung mit der Schule ohne ihren Aktionismus zu beantworten.

Ihre Botschaft an die Schule hätte lauten müssen: Die Behörde steht an der Seite der Schulen und lässt nicht zu, dass eine rechtspopulistische, fremdenfeindliche Partei den Spaltpilz zwischen die Schulen und ihren Dienstherrn pflanzen kann! Ihre Botschaft hätte weiter sein müssen, die Behörde und ich als ihr Präses treten ohne Wenn und Aber ein gegen Rassismus und Diskriminierung! Und Sie hätten noch einmal deutlich machen müssen, dass das Neutralitätsverbot nicht zu verwechseln ist mit Meinungs- und Haltungslosigkeit! Ganz im Gegenteil. Demokratieerziehung, Meinungsbildungsprozesse, das Ausprobieren verschiedener Aktionsformen, das gemeinsame Ringen um Positionen, auch das Erkennen und Korrigieren von Fehlern und das Entwickeln von gesellschaftlichem Engagement, finden im geschützten Raum von Schule statt. Und für diesen Schutz haben Sie zu sorgen, Herr Senator.

Ich bitte Sie sehr, in diesem Sinne heute klar Stellung zu beziehen und ich finde es überhaupt nicht ehrenrührig, wenn auch Sie einen Fehler zugestehen und korrigieren würden. Das würde Ihnen Respekt einbringen und ich wäre die erste, die Ihnen den erweisen würde! Denn unsere gemeinsame Botschaft muss doch lauten: Die AfD ist KEINE Alternative, und sie ist eine Gefahr für den Schulfrieden und die Demokratie.

sesprecher zunächst bestreiten, bis er es in Beantwortung unserer Kleinen Anfrage zugeben musste. Zu Recht kritisierte Sabine Boeddinghaus in einem Interview, dass der Schulsenator Parlament und Schule verwechselt: Selbstverständlich hätten wir im Parlament die Aufgabe, uns argumentativ mit der AfD auseinanderzusetzen, aber die Schule sei ein geschützter Raum, und dass er das sein kann, dafür habe der Senat zu sorgen. Dabei hat er versagt.

Ein Versuch, Antifaschismus zu delegitimieren

Seit langem versucht die Rechte, Antifaschismus zu delegitimieren, ja zu kriminalisieren. Das haben in diesem Fall bis auf die taz alle Hamburger Printmedien unbesehen aufgenommen und Antifaschismus als linksextremistisch und gewalttätig diffamiert. Dies traf konkret die erst ein Jahr bestehende Antifa Altona-Ost, ein schnell wachsender Zusammenschluss junger Menschen. Er ist auf vielen Feldern aktiv. So organisiert er regelmäßig einen Jugendblock bei den Demonstrationen gegen die rechten „Merkel-muss-weg“-Kundgebungen, engagiert sich gegen den Mietenwahnsinn, unterstützte den Frauenstreik und vieles mehr. Diese junge Organisation sah sich unerwartet wuchtigen Vorwürfen und einer massiven Hetze ausgesetzt.

Eine unangenehme Rolle spielt dabei das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz. Kaum hatte es die Gründung der Gruppe mitbekommen, stufte es sie als „linksextremistisch“ ein und machte sie zum Beobachtungsobjekt. Die „Begründung“, die man der AfD und dem Abendblatt lieferte, ist hanebüchen: „Die ‚Antifa Altona Ost (AAO)‘ gehört zu den autonomen antifaschistischen Gruppierungen. Ziel ist die Verteidigung des multikulturellen Anspruchs Altonas gegen ‚Rechts‘ und der Organisierung der antifaschistischen und antikapitalistischen Arbeit des Stadtteils. Dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) liegen Erkenntnisse vor, dass die AAO Kontakte zu anderen antifaschistischen Gruppierungen unterhält.“ Zur „Gewaltbereitschaft“ der AAO gab er die Auskunft: „Dem LfV Hamburg liegen bislang keine konkreten Informationen ... vor. Bei antifaschistischen Gruppierungen ist zumindest Gewaltausübung gegen Personen, welche dem rechten Spektrum zugeordnet werden, grundsätzlich akzeptiert.“ Nun ist es bei deduktiver Folgerung unvermeidlich, dass die unzulässige Prämisse (Regel) zu unzulässigem Ergebnis führt. Aber wen stört das schon? Welche „Schutzgüter“ der Verfassung durch die so charakterisierte Antifa Altona-Ost bedroht sein sollen, weiß das LfV wahrscheinlich nicht mal selbst. Mit seiner Auskunft manipulierte es die öffentliche Meinungsbildung. Die Antifa Altona-Ost antwortete mit einer erfrischenden und klaren Stellungnahme, die sich auf ihrer Facebookseite findet.

Gegen diese Delegitimierungsversuche und die Angriffe auf die Ida-Ehre-Schule setzte schnell eine große Solidarisierungswelle ein. Eine kurzfristig angesetzte Demonstration zählte 3000 Teilnehmende. SchülerInnen vieler Schulen solidarisierten sich mit der Ida-Ehre-Schule, zahlreiche Menschen meldeten sich zu Wort und bestärkten die Angegriffenen. Das Kollegium der Schule bedankte sich für die Solidarität: Auf der Webseite der Schule prangt ein Bild, das die LehrerInnen mit zahlreichen Plakaten zeigt wie „Antifaschismus ist Pflicht“ – „Politische Bildung ist nicht neutral“.

Keine öffentlichen Räume der AfD! Hamburg-Wandsbek. Die extrem rechte Partei „Alternative für Deutschland (AfD)“ will am 24.3. in den Räumlichkeiten des Bezirksamts Wandsbek am Alten Posthaus 4 ihren Landesparteitag durchführen. Cornelia Kerth hat in der Bezirksversammlung am 28.2. als Bundesvorsitzende der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) in der Bürgersprechstunde dazu kritisch Stellung bezogen. Daraufhin entwickelte sich eine kurze Debatte. Rainer Behrens, Bezirksabgeordneter: „Die Linksfraktion hätte in der Debatte etwas mehr Geschichtsbewusstsein erwartet. Unseres Erachtens ist es durchaus geboten, auf die Nähe von Teilen der „AfD“ zu gewalttätigen Rassisten hinzuweisen. Die Vertreter von CDU,SPD und Grünen feierten sich als gute Demokraten, die sich nur an die gesetzlichen Regeln halten würden.“ Die Annahme der Verwaltung und von SPD und Grünen im Bezirk, man müsse im Sinne der Gleichbehandlung auch an die AfD vermieten und habe keine Handhabe gegen eine entsprechende Vermietung, weisen wir zurück. Andere Institutionen, Städte und Landkreise haben sich in der Vergangenheit erfolgreich auch juristisch gegen eine Vermietung öffentlicher Räume an die AfD gewehrt. In der Nutzungsordnung für den Bürgersaal Wandsbek heißt es ausdrücklich, dass eine Vermietung an Parteien erfolgen „kann“ und nicht etwa muss. Eine Überlassung werde hingegen versagt, wenn Belange des öffentlichen Interesses beeinträchtigt seien. „Permanente rassistische Aktivitäten auch der Hamburger „AfD“ darf man ruhig als Störung des Gemeinwesens interpretieren. Es wäre ein mutiges Signal gegen rechte Tendenzen, wenn mit einer Verweigerung des Bürgersaals dazu auch die rechtliche Auseinandersetzung geführt würde. So tragen SPD, Grüne und Verwaltung weiter zu einer Normalisierung der „AfD“ bei.“ so Rainer Behrens. Die Fraktion Die Linke in der Bezirksversammlung Wandsbek fordert das Bezirksamt auf, die Vermietung an die AfD zurückzuziehen und auch in Zukunft keine Räume an die AfD und andere rassistische und menschenfeindliche Parteien oder Gruppen zu vermieten.

Am 24.3. wird es eine Gegenveranstaltung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts geben, zu der die Die Linke mit aufruft.

http://www.linksfraktion-wandsbek.de

Keine Kapitulation vor Rechtsextremen – Demokratiebildung wichtiger denn je: Chemnitz. Die durch nichts zu entschuldigten Ereignisse am Samstag im CFC–Stadion sind wieder bundesweit beachtet worden. Chemnitz – wieder die braune Hauptstadt und nicht die künftige europäische Kulturhauptstadt? Was am Samstag in Chemnitz passiert ist, darf man nicht als reines CFC–Thema abtun, sondern es ist ein Problem der gesamten Stadtgesellschaft. Zugucken, zur Kenntnis nehmen, Kopfschütteln – im besten Fall – und abhaken. Aber die Naziszene als Teil der Stadt hinzunehmen, ist das die Zukunft? Der Aufschrei der Demokraten ist kaum hörbar, weil er sich nur in ein paar Pressestatements und der Beschreibung der Vorkommnisse verliert. Der Beschluss des Stadtrates am 6. März sollte dennoch nicht in Frage gestellt werden – bei aller Aufregung und Empörung. Mit dem Beschluss unterstützt die Stadt nicht rechtsextremistische Ausschreitungen, sondern alle vernünftigen Fans, Anhänger und letztlich den Sport, dem viele Tausende in der Stadt und darüber hinaus anhängen, ohne je in die Nähe von Rechten gedrängt zu werden. Ein Aufkündigen, wie dies einige Sponsoren gegenwärtig tun – allen voran die Sparkasse Chemnitz – können zum sportlichen und wirtschaftlichen Kollaps des CFC und damit des Fußballs in dieser Stadt führen. Die drittgrößte Stadt in den neuen Bundesländern ohne ihren Traditionsclub? Was wird mit dem Nachwuchsleistungszentrum? Gerade hier müssen wir dafür sorgen, dass neben der sportlichen Ausbildung auch Demokratiebildung erfolgt. Wollen wir vor Rechtsextremen kapitulieren? Nein!

Der Führung des CFC allerdings muss klar gemacht werden, dass die Geduld der Stadtgesellschaft nicht mehr lange hält. Allgemeinplätze und Anzeigen gegen “Unbekannt“ lösen die Probleme nur scheinbar. Den CFC und hier besonders seine aktuelle und ehemalige Führung darf man nicht aus der Verantwortung lassen. Sie hat über Jahre das rechte Thema im Verein und der Fanszene verharmlost, hat getäuscht und getrickst und im aktuellen Fall völlig unprofessionell gehandelt. Die „Trauerfeier“ war den Verantwortlichen bekannt – wie sonst hätte der Stadionsprecher einleiten können, wie sonst hätte das Bild von Haller gezeigt werden können. Alle Demokraten in der Stadt, unabhängig von ihrer parteipolitischen Präferenz, müssen jetzt handeln, der Rechtsstaat muss den braunen Sumpf trocken legen – auch da, wie jüngste Meldungen beweisen, dass der Bürger das Vertrauen verliert, wenn Ermittlungsverfahren gegen Rechte eingestellt werden.

http://www.linksfraktion-chemnitz.de

Missbrauch von Kleingartenvereinen als Orte für Neonazipropaganda und -vernetzung: Leipzig. Stadträtin fordert: Landesamt für Verfassungsschutz muss mit Geheimniskrämerei aufhören und Betroffene informieren und auch die Stadtverwaltung ist in der Pflicht, zu handeln! Zur zunehmenden Nutzung von Leipziger Kleingartenanlagen für neonazistische Veranstaltungen in Leipzig erklärt Stadträtin Juliane Nagel: „Dass Neonazis auch Leipziger Kleingartensparten für Treffen und Propaganda-Veranstaltungen nutzen, ist wenig überraschend. So recherchierte das Projekt chronik LE, dass im Oktober vergangenen Jahres sich im Kleingartenverein Buren e.V. im Kohlweg in Leipzig führende Neonazis wie David Köckert (ehemals NPD und „Thügida“), Alexander Kurth (ehemals NPD und Die Rechte) mit Kameraden trafen, um über weitere Aktivitäten zu beraten.“

Wie das Innenministerium auf eine Landtagsanfrage bekundete, hatte in der so genannten Burenschänke bereits im Februar 2018 eine Veranstaltung des „Stammtisch Weißer Rabe“ stattgefunden, die sich aus der Legida-Abspaltung „Offensive für Deutschland“ des Legida-Gründers Silvio Rösler gebildet hatte. Laut Landtagsanfrage 6/16722 gab es im Jahr 2018 acht derartige Veranstaltungen in Leipziger Kleingartenvereinen. Und im Jahr 2019 geht es munter weiter: Im Februar 2019 fand im Kleingartenverein „Alt-Schönefeld“ ein Zeitzeugenvortrag statt, an dem auch der Ex-NPD-Stadtrat und mehrfach vorbestrafte Neonazi Enrico Böhm teilnahm. Doch das Problem lässt sich auch in die Vorjahre verorten. So nutzte die NPD bis 2007 regelmäßig das Vereinsheim des Kleingärtnervereins „Trommelholz“ in der Straße Am Viadukt 56 in Möckern. In einer weiteren Kleingartenanlage, nämlich des SV Fortuna Leipzig in Thekla, konnten Neonazis sogar den Vereins-Festsaal für ihre Veranstaltungen nutzen. Im Juli 2017 traten hier Hannes Ostendorf und Stefan Behrens von der Rechtsrockband „Kategorie C“ auf. Am 16. Dezember 2017 veranstalteten Neonazis am gleichen Ort einen „Zeitzeugenvortrag“. Pikantes Detail hier: Für die Vermietung des Saales zeichnet CDU-Stadtrat Falk Dossin verantwortlich. Während bei ihm Unkenntnis über die Vermietung an Neonazis zu vermuten ist, genau wie beim Vorsitzenden des Vereins „Buren e.V.“, mit dem ich seinerzeit selbst ins Gespräch gekommen bin, stellt sich gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) die Frage: „Wieso gibt es trotz der mutmaßlich konspirativen Einmietung in Kleingartenanlagen durch Neonazis keine aktive Informationspolitik in Rich-

tung der Vorstände dieser Vereine und Betreiber*innen der Lokalitäten in den Kleingartensparten?“, so Nagel weiter. „Ich gehe fest davon aus, dass es eine hohe Dunkelziffer derartiger Einmietungen durch Neonazis in Leipzig gibt. Das Mindeste, was das LfV tun kann, ist, die Verantwortlichen von derartigen neonazistischen Einmietungen proaktiv zu informieren.“

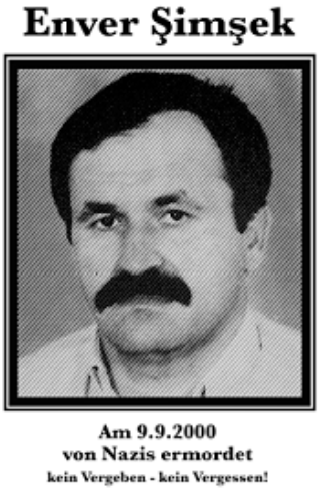
https://www.linksfraktion-leipzig.de

Applaus für Holocaust-Leugner und Terrorist: AfD-Abgeordneter Dimitri Schulz ist der Stadt- und Landespolitik unwürdig! Wiesbaden. Zum Bericht im „Wiesbadener Kurier“ und den Äußerungen des Wiesbadener AfD-Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten Dimitri Schulz, erklärt Ingo von Seemen, Oberbürgermeister-Kandidat für Die Linke Wiesbaden: „Das Verhalten des Dimitri Schulz ist eine Schande für unsere Stadt und die Landespolitik: Nicht nur die Äußerungen, wonach der Terrorist, Rechtsextremist und Holocaust-Leugner Horst Mahler ein „Politischer Gefangener“ sei, sind unerträglich. Der ganze AfD-Russland-Kongress, auf dem die Äußerungen fielen, war offenkundig eine Versammlung kruder rechter Verschwörungstheoretiker. Und wenn es stimmen sollte, dass Dimitri Schulz nicht wusste, dass er für Rechtsradikale, Terroristen und Holocaust-Leugner applaudiert, wäre das auch intellektuell kaum zu unterbieten.“ Nach diversen Vorkommnissen dieser Art sei zu fragen, in welchem Geisteszustand sich Herr Dimitri Schulz sich eigentlich befände, so Ingo von Seemen. Herr Schulz gebe sich gleichermaßen als bekennend christlich-orthodox und bekennend jüdisch aus. Beides sei aber schwer möglich. Schulz sei im Vorstand der AfD-Russlanddeutschen und mit dem AfD-Russlanddeutschen und Wiesbadener AfD-Aktivist Aleksej B. befreundet gewesen, wollte aber von dessen radikalen Facebook-Posts mit Aufrufen zu Mord und Wehrsportgruppen nichts mitbekommen haben. „Herr Schulz war ebenso Besucher der homophoben rechten „Demo für alle“ in Wiesbaden. Bei diesen Demos wird nicht nur gegen Homosexuelle und eine liberale Bildungspolitik gehetzt, sondern es waren laut Einschätzung der Sicherheitsbehörden massiv Neonazis und Rechtsradikale anwesend.

Auch das will Herr Schulz natürlich nicht mitbekommen haben. Entweder Herr Schulz lebt in einer kruden Parallelwelt oder er lügt dass sich die Balken biegen. Beides ist eines Stadtverordneten und Landtagsabgeordneten unwürdig.“

https://www.dielinke-wiesbaden.de

Ortsteilrat fordert die Benennung als Enver-Şimşek-Platz ein: Jena. Der Ortsteilrat Jena-Winzerla hat 2018 vorgeschlagen, den neu gestalteten Platz vor REWE in Jena Winzerla „Enver Şimşek-Platz“ zu benennen – auf Initiative von Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils. Enver Şimşek war das erste Opfer des rechtsterroristischen NSU. Nun erklärte der Oberbürgermeister Jenas, Thomas Nitzsche (FDP) in einem Brief, dass er dies ablehnt. Stattdessen schlägt er eine Umbenennung in „Platz der Demokratie“ vor. Unter anderem argumentiert er damit, dass die Umbenennung für den Einkaufsmarkt einen „erheblichen Aufwand“ darstellen würde. Der Ortsteilrat Winzerla hat sich in seiner Sitzung deutlich für die ursprüngliche Idee ausgesprochen. Julia Langhammer, stellvertretende Ortsteilbürgermeisterin Winzerlas (Die Linke): „Der NSU stammt aus Jena und hat sich hier politisch sozialisiert. In Jena und insbesondere in Winzerla, wo das Trio aufwuchs, spielen die Namen der vom NSU ermordeten Menschen kaum eine Rolle. Ich bin froh, dass die Bürgerbefragung ergeben hat, dass die Winzerlaer den Namen in den öffentlichen Raum bringen und damit gedenken und erinnern wollen. Wieso der Oberbürgermeister das ablehnt, kann ich nicht nachvollziehen.“ Ganz ähnlich sieht das der stellvertretende Ortsteilbürgermeister Marcus Komann (SPD): „Ein relativ aussagenarmer Name reicht hier nicht. Die Opfer verdienen ein angemessenes Gedenken. Und mit Enver-Şimşek-Platz können wir das verwirklichen und die Erinnerung wach halten.“ Katharina König-Preuss, Mitglied in den NSU-Untersuchungsausschüssen im Thüringer Landtag ergänzt: „Jena stellt sich unter dem Oberbürgermeister Nitzsche nicht der Verantwortung, die aus dem NSU-Terror zu ziehen ist. Eine öffentlich wahrnehmbare Erinnerung in Jena-Winzerla an Enver Şimşek ist ein erster richtiger und wichtiger Schritt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass weitere Straßen und Plätze in Jena nach den Opfern des NSU benannt werden.“ (...)



https://www.die-linke-jena.de

https://www.redside.tk/cms/wp-content/uploads/EnverSimcek.png

Kein Bier von, für und mit Nazis! Berlin. Im Prenzlauer Berg (Raumer/Göhrener Str.) befindet sich die Brauereikneipe „Bryggeri Helsinki“. Der Geschäftsführer dieser Gaststätte und der gleichnamigen Brauerei Pekka Kääriäinen aus Helsinki ist Vorsitzender des SS-Traditionsvereins „Veljesapu-Perinneyhdistysry“ (Brüder Hilfe e. V.) in Finnland. Dieser Verein pflegt die Tradition eines 1400 Personen starken finnischen SS-Bataillions. Die SS war für den Betrieb der Konzentrations- und Vernichtungslager verantwortlich und als Waffen-SS an unzähligen Kriegsverbrechen beteiligt. Im Zuge der Nürnberger Prozesse wurde sie als verbrecherische Organisation eingestuft. In der Kneipe weist nichts auf eine Verherrlichung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen hin. Schließlich geht es um den Umsatz. Dennoch kann uns das Bier hier nicht schmecken. Wir haben keinen Bock auf die Verherrlichung von verbrecherischen Organisationen. Wir fordern: Nazi- und SS-Traditionsvereine müssen aufgelöst werden. Kein Bier von, für und mit Nazis – weder hier noch in Finnland.

https://www.die-linke-pankow.de

Augen auf im Kampf gegen die extreme Rechte in Erfurt! Einem Bericht aus der TA vom 9.3.2019 ist zu entnehmen, dass im Erfurter Südosten in den Räumen der „Volksgemeinschaft“ Erfurt gewaltbereite Neonazis für den Straßenkampf trainieren. Organisiert sind diese extremen Rechten in der Partei „Der Dritte Weg“, im Plattenbaugebiet im Erfurter Südosten. Dort konnten sie in den letzten Jahren eine auch überregional wichtige Anlaufstelle für die Neonaziszene schaffen. So wird in den Räumlichkeiten nicht nur für den Straßenkampf trainiert, sondern es finden auch überregionale Treffen der Partei „Der Dritte Weg“ statt. Diese neofaschistische Kleinpartei konnte in Erfurt nicht nur ein Zentrum aufbauen, sondern geht jetzt auch verstärkt in die Öffentlichkeit. So sind für die nächsten Wochen mehrere Kundgebungen der Partei im Stadtgebiet geplant. Das Gewaltpotential dieser Veranstaltungen ist nicht zu übersehen. Kaum abzuschätzen ist die von den rechten Kundgebungen ausgehende Bedrohung für alle, die nicht in das von Menschenverachtung und Hass

geprägte Weltbild der Rechtsradikalen passen. Darum fordere ich die Stadtverwaltung auf, alles zu unternehmen, um die Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten und die rechten Aufmärsche soweit wie möglich mit Auflagen einzuschränken. Besonders sind antisemitische und menschenfeindliche Äußerungen und Hassbekundungen durch strenge Auflagen zu unterbinden. Wichtig ist das die Ordnungsbehörde ihre Auflagen auch stringent umsetzt und jegliche Ersatzveranstaltungen in Erfurt unterbindet. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass offensichtlich rechtsradikale und neonazistische Gruppen und Vereine in Erfurt beobachtet und thematisiert werden. Ich unterstütze jedwede Aktion sich mit demokratischen Mitteln solchen fremdenfeindlichen Einstellungen zu widersetzten und ihnen entgegen zu treten. Auch hoffe ich, dass die Gutgläubigkeit behördlichen Agierens im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sich den tatsächlichen Anforderung an demokratisch legitimierte Verwaltungsstrukturen anpasst und ihren Handlungsspielraum ausreizt. Zum Thema „Volksgemeinschaft" Erfurt und Ihren Aktivitäten werde ich in der Stadtratssitzung am 10.4.2019 eine Anfrage stellen.
https://www.die-linke-erfurt.de

Die Linke Ratsfraktion will „offensive und aktive Erinnerungskultur in Rendsburg". Bisher galt Heinrich de Haan als Opfer der Nazis. Aktuelle Forschungsergebnisse des ehemaligen Landtagsabgeordneten Günter Neugebauer zeigen aber, dass der ehemalige Bürgermeister von Rendsburg an den Verbrechen der Nationalsozialisten in Rendsburg aktiv beteiligt war. Daher wird nun über die Entfernung der Büste de Haans auf dem Altstädter Markt und seines Namens an der ehemaligen Heinrich-de-Haan-Schule diskutiert. Das geht der Linken jedoch nicht weit genug. Der Fraktionsvorsitzende in der Ratsversammlung, Leon Weber erklärt: „Wir wollen eine offensive und aktive Erinnerungskultur in Rendsburg. Über vierzig Prozent der Jugendlichen gaben bei einer aktuellen Studie an, dass sie nichts oder nur sehr wenig über den Holocaust wissen. Das ist für eine bunte und weltoffene Stadt wie Rendsburg nicht hinnehmbar. An meiner Schule wurden Videos von brennenden Hakenkreuzen gefeiert. Allein bei dem Gedanken daran läuft mir der Schauer kalt über den Rücken." „Wenn sich der Diskurs immer weiter nach rechts verschiebt, müssen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft geschlossen dagegenhalten", fordert Maximilian Reimers, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport für Die Linke. „Die meisten von uns können sich das Leid der Opfer und Angehörigen nicht im Entferntesten vorstellen. Dafür sind diese Erlebnisse zu unmenschlich. Dies muss man dann mit einer hohen Menge an Empathie auffangen." „Auch und besonders junge Menschen müssen immer wieder gemahnt werden. Ein Vergessen darf es nicht geben. Wir haben es als Stadt in der Hand und können entscheiden, wie unsere Erinnerungskultur aussieht. Die Linke fordert einen Stadterinnerungstag für Rendsburg. So ein Tag sollte mit allen demokratischen Kräften gemeinsam gestaltet werden", so Mario Meß, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, abschließend.
https://linke-rdeck.de/

Gemeinsames Statement der SPD Münster, Bündnis 90 / Die Grünen Münster und Die Linke Münster zum Umgang mit der AfD im Europawahlkampf 2019: Die sog. „Alternative für Deutschland" ist eine rassistische, sexistische und homophobe, menschenfeindliche Partei. Unter dem Deckmantel, eine Politik für „kleine Leute" zu machen, verbreitet sie Hass und versucht, unsere Gesellschaft zu spalten. Anstatt eine Welt zu gestalten, die die Unterschiedlichkeiten aller Menschen mit friedlichen Mitteln zusammenführt, propagiert sie eine nationalistische und menschenverachtende Politik der vermeintlich einfachen Lösungen. Ihre Funktionär*innen äußern sich öffentlich islamfeindlich und schüren Hass gegenüber Andersdenkenden. Sie träumen davon, den gesellschaftlichen Fortschritt zurück zu drehen und wollen einen antidemokratischen, autoritären Staat. Wir dürfen diesen Hetzparolen keinen Raum geben, unsere offene und demokratische Gesellschaft zu zerstören. Nicht in allen europapolitischen Fragen sind sich die demokratischen Parteien einig – deshalb führen wir unsere Wahlkämpfe und streiten gerne über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union. Diese inhaltliche Auseinandersetzung basiert auf dem Konsens, dass Grundwerte wie Demokratie, Menschenwürde, Religionsfreiheit und die Achtung der Vielfalt individueller Lebensentwürfe nicht verhandelbar sind. Wer aber diese Grundwerte ablehnt, kann nicht Teil des demokratischen Diskurses sein. Münster befindet sich in der Auseinandersetzung mit der AfD in einer Sonderrolle. Bundesweite Beachtung fand das Stimmergebnis der letzten Bundestagswahl, bei der Münster der einzige Wahlkreis blieb, in dem die AfD weniger als 5% der Stimmen erhielt. Anfang 2017 und 2019 gingen tausende Münsteraner Bürger*innen gegen die Neujahrsempfänge der AfD auf die Straße, auch gegen viele weitere Veranstaltungen formierte sich der Protest für ein friedliches, demokratisches und weltoffenes Münster. Am 8. April 2019 plant die Initiative Junge Europäische Föderalisten (JEF) die bisher größte „EU-Wahlarena" in Münster, zu der auch der AfD-Kandidat Martin Schiller eingeladen ist. Wir sind uns einig, dass die AfD jede Bühne nutzt, um ihre menschenverachtende Politik zu verbreiten und hart erkämpfte Werte unserer Demokratie zu bekämpfen. Deshalb haben wir den gemeinsamen Konsens gefasst, der AfD keine Bühne für Hass, Intoleranz und Rassismus bieten zu wollen und fordern daher alle Veranstalter*innen, die die Besetzung ihrer Podien frei bestimmen können, dazu auf, diese Besetzung gegebenenfalls erneut zu überdenken. Uns ist bewusst, dass nicht alle Veranstalter*innen die Besetzung ihrer Podien frei bestimmen können. Wo dies möglich ist, fordern wir aber dazu auf, der AfD keine Bühne für Hass, Intoleranz und Rassismus zu bieten!
https://die-linke-muenster.de/

Die Linke verurteilt Einschüchterungsversuch: Essen. Am vergangenen Freitag beobachteten eine Gruppe, die wohl aus den Reihen der Steeler Jungs stammt, das Treffen des Bürgerbündnisses „Mut machen – Steele bleibt bunt" und fotografierten deren Teilnehmer. Am späteren Abend sollen auch Fotos der Wohnung eines Mitglieds gemacht worden sein. Die Linke Essen hält dies für einen weiteren Einschüchterungsversuch, nachdem bereits Online mehrere Postings über Max Adelmann, Irene Wollenberg und Daniel Kerekes erschienen sind. Marion Wegscheider, Kreissprecherin Die Linke Essen, kommentiert dazu: „Die Vorfälle in Steele und rund um die selbsternannten Steeler Jungs reissen nicht ab. Das nun Personen, welche sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, de facto verfolgt werden ist ein No-Go. Dieses Vorgehen ist aus der rechtsextremen Szene bekannt und zeigt nur, wessen Geistes Kind die Steeler Jungs sind. „Die Steeler Jungs marschieren seit über einem Jahr jeden Donnerstag durch den Stadtteil. Es kam bereits zu mehreren Vorfällen. Die Linke Essen unterstütze daher ausdrücklich das ehrenamtliche Engagement des Bündnisses „Steele bleibt bunt." „Wenn man sich die Facebookprofile einiger Steeler Jungs anschaut, findet man dort Leute die die Nazi Band Kategorie C teilen, die Bilder mit ‚Meine Ehre heißt Treue' teilen und vielen weiteren Nazikram. Wieso die Stadt hier keine klare Stellung bezieht, warum nicht mehr offizielle

Stellen Stellung beziehen, ist für mich völlig schleierhaft. Gott sei Dank gibt es Menschen aus der Zivilgesellschaft, welche sich so engagiert einsetzen“, schließt Kerekes, Kreissprecher Die Linke Essen Das Bündnis ruft für den kommenden Donnerstag, um 17.30 Uhr in Steele, erneut zu Protesten auf.
https://www.dielinke-essen.de/

Solidarisch gegen den Hass: Gegen den Wahlkampfauftakt der AfD im Lübecker Rathaus! Die Alternative für Deutschland sitzt seit Mai 2018 in der Lübecker Bürgerschaft, außer Hetze gegen Einzelpersonen und gegen Frauen* blieb bisher von ihrer Arbeit nicht viel über. Strukturelle Arbeit in den Vorständen der Ausschüsse wollen sie nicht übernehmen, zum Haushalt der Hansestadt, der wohl wichtigsten Aufgabe der Lübecker Bürgerschaft, wollte man sich lieber gar nicht äußern. Und auch in den Aufsichtsräten möchte man lieber nicht mitarbeiten. Das zeigt einmal mehr, die AfD ist keine Partei wie jede andere, sie will nicht konstruktiv gestalten, sondern sie möchte spalten! Dabei geht Sie Hand in Hand mit Neonazis und der Neuen Rechten. Mit Schein-Distanzierungen von Mitgliedern wie Doris von Sayn-Wittgenstein versucht man nur oberflächlich die Verbindungen zu kappen. Denn auch in Lübeck arbeitet man Hand in Hand mit Ex-Funktionären der Alt-Rechten Republikaner zusammen und stellt sich immer wieder schützend vor Sympathisanten der Identitären Bewegung. Das zeigt, die AfD hat die Allianz mit der extrem rechten Szene längst von der Theorie zur Praxis geführt, bindet Rechte im Rahmen ihrer Veranstaltung ein und gibt ihnen eine politische Heimat. Für uns ist und bleibt die AfD unerträglich und weiterhin ein gemeinsamer politischer Gegner. Entgegen der Annahme, sie seien „bürgernah“, wollen sie Sozialleistungen kürzen und Alleinerziehende, und Frauen* im Allgemeinen, benachteiligen. Die AfD versucht, mit ihrer Hetze zu spalten und durch Provokationen die politische Agenda zu bestimmen. Sie ist rassistisch, frauenfeindlich, antifeministisch, und autoritär. Sie steht für völkischen Nationalismus, neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik, sie will einen reaktionären Wandel in der Kultur- und Bildungspolitik, leugnet den Klimawandel, würdigt das politische Engagement von Schüler*innen etwa bei den „Fridays for Future“-Demonstrationen herab, und will Atomkraft begünstigen. Jetzt soll das Rathaus in Lübeck für die AfD als Bühne für ihre rassistische und nationalistische Propaganda herhalten. Dazu sagen wir ganz klar: Wir überlassen euch das einstige Zentrum europäischen Denkens und Handelns nicht. ... Wir lassen das Rathaus nicht zu einer Kulisse für rassistische Abschottungspropaganda werden.
https://dielinke-khl.de

Republikplatz: Die Linke freut sich über Bekenntnis. Lübeck. Mit großer Freude nimmt die Bürgerschaftsfraktion der Linken die Entscheidung des Bauausschusses zur Kenntnis, den Hindenburgplatz nach langer Debatte nun endlich in Republikplatz umzubenennen. Damit heilt die Politik eine Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus. Ragnar Lüttke, Fraktionsvorsitzender der linken Bürgerschaftsfraktion, freut sich insbesondere über das gewählte Datum der Umbenennung:
„Am 14. August begehen wir den 100. Jahrestag des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung. Die Umbenennung an genau diesem Tag bedeutet für uns ein starkes Bekenntnis zu Demokratie und Republik. In Zeiten, in denen rechtsextreme Parteien Freiheit und Demokratie bedrohen, ist dies ein klares Signal aller demokratischen Parteien, braunen Rattenfängern nicht unsere Stadt zu überlassen.“
Die Linke hatte jahrelang in den Gremien für eine Umbenennung gestritten. Insbesondere deshalb, da der Nationalsozialismus mit der damaligen Umbenennung des Republikplatzes in Hindenburgplatz ein Zeichen gegen die Weimarer Demokratie setzen und diese aus der Geschichte streichen wollte.
„Dieses Zeichen machen wir jetzt endlich rückgängig und stellen klar: Rechtsextreme Ideologien haben in unserer Stadt kein Zuhause und keinen politischen Rückhalt. Wir hoffen, dass die Stadt die Umbenennung zum Anlass nimmt, den 14.August würdig zu begehen und mit allen demokratischen Fraktionen in einem gemeinsamen Festakt ein Bekenntnis und Zeichen für die Werte der Demokratie setzt“, sagt Ragnar Lüttke.
http://www.die-linke-luebeck.de. Abbildung: https://wolfgangblankschein.wordpress.com/

Hauptausschuss lehnt Abgrenzung gegen Rechts ab: Essen. Die Ratsfraktion Die Linke hat sich im Hauptausschuss des Rates klar gegen antisemitische Hetze ausgesprochen. Gerade deswegen hat sie den Resolutionsentwurf der Verwaltung abgelehnt und einen eigenen, weitergehenden eingebracht. „Antisemitismus und Kritik am Staat Israel darf man aus unserer Sicht nicht auf eine Stufe stellen, wie es die verabschiedete Resolution tut“, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Das verwässert Kritik und die dringend notwendige Ächtung jeden Antisemitismus. Wir halten es da wie Dr. Josef Schuster, Vorsitzende des Zentralrates der Juden, der Kritik an der israelischen Regierungspolitik für legitim hält und sie klar von Antisemitismus trennt.“ Auch Die Linke hat sich in ihrem eigenen Resolutionsentwurf von der BDS abgegrenzt. Sie ist im Hauptausschuss aber auch dafür eingetreten, mit Pax Christi und anderen, die das kritisch sehen, den Dialog zu suchen. „Wir haben unseren Antrag vor allem aufrechterhalten, weil er deutlich macht, dass die meisten antisemitischen Äußerungen und Tätlichkeiten von rechts außen kommen und nicht von der BDS-Bewegung. Wir finden es unmöglich, dass die ganz große Koalition im Rat es nicht für nötig hielt, darüber auch nur ein Wort zu verlieren. Der Essener Rat hat sich hierzu nämlich noch nicht geäußert. Wie wichtig die Abgrenzung gegen Antisemitismus ist, zeigt auch die aktuelle Verschmutzung der Alten Synagogen mit Graffiti. Wir hoffen, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden“, so Gabriele Giesecke abschließend.
https://www.linksfraktion-essen.de

Die öffentliche Meinungsbildung im Streit (eher) isolierter Interessengruppen wird durch institutionelle Strukturen und streng fachliche Debatten erleichtert, wie bei der Feinstaubbelastung für Umwelt und Mensch im Arbeitsleben. Unternehmer und Gewerkschaften/Beschäftigte handeln Präventionsansätze und -praktiken in den Berufsgenossenschaften aus. Anerkannte Probleme können so lösungsorientiert bearbeitet werden, in direkter Kooperation der diversen Akteure. Sicher muss um die Anerkennung von Problemen gerungen werden, der Vorteil strukturierter Arbeitsbeziehungen sticht aber ins Auge. Gerade in der BG BAU hat sich ein Vorgehen etabliert, bei dem Präventionsansätze mit den Beteiligten ausgearbeitet werden, auch unter Einbeziehung der Hersteller von Maschinen und Geräten.

Staub war gestern – Gemeinsam zur staubarmen Baustelle

Von Dr. Reinhold Rühl, Frankfurt am Main und Rolf Gehring, Brüssel

Mit der Kampagne „Staub war gestern" wollen in Deutschland die Sozialpartner der Bauwirtschaft sowie die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft zum staubarmen Bauen, Renovieren und Reinigen kommen. Was waren die Hintergründe für diesen Weg, wie soll er beschritten werden und was genau ist das Ziel?

Der Weg zu „Staub war gestern"

2014 wurde in Deutschland der Grenzwert für A-Staub (Alveolengängige Staubfraktion) von 3 auf 1,25 mg/m³ abgesenkt. Dies war die Initialzündung für die Sozialpartner der Bauwirtschaft, einen Gesprächskreis „Staubminimierung auf Baustellen" zu gründen. Die Arbeitnehmer wollen die Staubbelastung auf Baustellen unter den neuen Grenzwert senken, denn jährlich werden etwa 100 Quarzstauberkrankungen von Bauarbeitern anerkannt.

Die Arbeitgeber haben grundsätzlich das gleiche Ziel. Zudem wird immer deutlicher, dass die Baufirmen Nachwuchsprobleme haben, auch weil kaum noch jemand auf lauten und „dreckigen" (also staubigen) Baustellen arbeiten will.

Von einem Gesprächskreis zum Staub am Bau versprach man sich ähnliche Effekte wie von dem seit 20 Jahren bestehenden Gesprächskreis BITUMEN. Der für Gefahrstoffe zuständige Referatsleiter im Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat dazu einmal festgestellt: „Ich wünsche mir, dass die vorgestellten Initiativen des Gesprächskreises BITUMEN andere Verbände und Institutionen anregen, ihre Gefahrstoffprobleme in ähnlicher Weise aufzugreifen und zu lösen. BMAS und AGS warten auf Ihre Vorschläge!".

Als dann 2017 ein neuer Grenzwert für Quarzstaub festgelegt wurde (0,05 mg/m³) und mit den Asbestgehalten in bestimmten Spachtelmassen, Fliesenklebern und Putzen ein weiteres Problem auftauchte, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das Aktionsprogramm „Staubminderung beim Bauen" gegründet.

Staub auf Baustellen

Bei Arbeiten auf Baustellen treten die unterschiedlichsten Stäube auf. Meist handelt es sich dabei um Holzstaub und/oder mineralischen Mischstaub, der bei der Bearbeitung von Sand-, Kalksand-, Ziegelstein, Gips, Zement oder Beton entsteht.

Diese Stoffe sind zum Zeitpunkt ihres Einbaus nicht gefährlich. Beim Abbrechen, Bohren, Schleifen, Dosen setzen, Schlitze fräsen usw. wird allerdings Staub in oft großen Mengen freigesetzt. Immer wird der krebserzeugende Quarzstaub freigesetzt, dessen Gefahren weiterhin unterschätzt werden.

Allen Stäuben ist gemeinsam, dass sie umso gefährlicher sind, je kleiner die Staubteilchen sind. Ist der feine Staub erst einmal aufgewirbelt, bleibt er lange Zeit in der Luft. Fast sieben Stunden benötigt ein Staubpartikel der Größe von 1µm, um einen Meter zu sinken. Entsprechend lange kann es eingeatmet werden und Menschen gefährden.

Die folgende Tabelle zeigt einige Expositionsdaten der BG BAU. Obwohl viele dieser Messungen bereits in den 90er Jahren durchgeführt wurden, geben sie auch heute oft noch die Situation auf Baustellen wieder.

A- und Quarz-Staub-Expositionen bei Bauarbeiten ohne Schutzmaßnahmen (mg/m³)

	A-Staub	Quarzstaub
Grenzwerte	1,25	50
Pflaster trocken schneiden	19,2	bis 5.700
Trockenbau, schleifen	28,9	200
Trocken Kehren	8,4	400
Trocken Strahlen	63,8	2.800
Bohren in Beton	7,0	2.200
Putz abschlagen	12,5	800
Stemmen, Meißeln; Wand	9,3	800
Dosensenken	bis 8,0	–
Steinmetzarbeiten, Schneiden	bis 8,8	bis 3.400

Asbest in Putzen, Fliesenklebern und Spachtelmassen

Bis Ende der 70er Jahre wurde Asbest in großen Mengen in Industrie und Handwerk eingesetzt. Dann wurde rechtlich anerkannt, dass Asbest beim Menschen Krebs verursacht. Auch nach dem Asbestverbot 1993 in Deutschland war das Problem aber keineswegs gelöst. Denn in Kraftwerken, in der Schifffahrt und natürlich auch in vielen Gebäuden musste und muss weiterhin Asbest entsorgt werden. Auch 2019 ist auf Grund der langen Latenzzeit (Zeitraum zwischen Asbestexposition und Ausbruch der Erkrankung, bei Asbest etwa 40 Jahre) eine noch immer steigende Zahl von Asbesterkrankungen zu verzeichnen.

Mitte 2015 haben der VDI und der Gesamtverband Schadstoffsanierung festgestellt, dass in bis zu 25% der untersuchten Gebäude Asbest in geringen Mengen (< 1%) in Putzen, Fliesenklebern und Spachtelmassen enthalten sein kann. Die Hersteller haben diese Baumaterialien damals mit Asbest versetzt, auch Handwerker sollen Asbest auf den Baustellen den Mörteln, Putzen und Fliesenklebern zugemischt haben.

Öffentliche und private Bauherren stehen jetzt vor der Frage, ob asbesthaltige Putze, Fliesenkleber und Spachtelmassen bearbeitet werden dürfen und wenn ja, von wem. Im Anhang II Nr. 1 der Gefahrstoffverordnung heißt es, dass „Arbeiten an asbesthaltigen Teilen von Gebäuden, Geräten, Maschinen, Anlagen, Fahrzeugen und sonstigen Erzeugnissen" verboten sind, dies aber nicht für Abbrucharbeiten, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten (ASI-Arbeiten) gilt.

ASI-Arbeiten dürfen nur sachkundige Fachbetriebe ausführen, mit entsprechender personeller und sicherheitstechnischer Ausstattung. Es gibt aber viel zu wenig sachkundige Firmen. Denn wenn wirklich in 25% aller potentiell betroffenen Gebäude Asbest in Putzen, Fliesenklebern und Spachtelmassen enthalten ist, betrifft dies Tausende von Baustellen, auf denen täglich entsprechende Arbeiten ausgeführt werden. Es besteht somit ein rechtliches und ein Kapazitäts-

Fortsetzung Seite 16

Staubarme Techniken auf die Baustellen!

Für fast alle Tätigkeiten in der Bauwirtschaft gibt es staubmindernde Techniken. Häufig ermöglichen diese sogar ein staubfreies Arbeiten. Und diese Techniken sind nicht teuer. Abgesaugte Handmaschine, Bau-Entstauber und Luftreiniger sind die Minimalausstattung. Sie kosten zusammen nicht einmal 3000 Euro. Vorabscheider sollten besonders bei hohem Staubanfall eingesetzt werden, um den Bau-Entstauber zu entlasten. Abschottungen sind immer sinnvoll und bei Arbeiten im Bestand schon aus Rücksicht auf die Bewohner unabdingbar.

• Handmaschinen mit Absaugvorrichtung

Handgeführte Maschinen und Geräte wie Mauernut- oder Putzfräsen, Trenn- oder Schwingschleifer werden auf fast allen Baustellen eingesetzt, um Beton, Holz, Ziegel- oder Mauersteine, Putz, usw. zu bearbeiten.
Noch ist das Arbeiten mit den abgesaugten Handmaschinen für viele Handwerker ungewohnt. Ausnahmslos zeigt sich aber, dass nach der erstmaligen Verwendung der Effekt derart positiv ist, dass man darauf nicht mehr verzichten will.

• Bau-Entstauber

Die im Handwerk und in der Industrie eingesetzten Entstauber/Staubsauger werden in die Kategorien L, M und H unterteilt. Dabei sind im Regelfall die Staubsauger der Kategorie L am günstigsten und Entstauber der Kategorie H die teuersten Geräte. H-Entstauber sind vor allem bekannt durch ihren Einsatz bei Asbestsanierungen. Auf Baustellen dürfen nur Entstauber mindestens der Staubklasse M verwendet werden.
Die BG BAU hat gemeinsam mit den Herstellern besondere Kriterien für Bau-Entstauber erarbeitet und eine Liste empfehlenswerter Bau-Entstauber aufgestellt.

• Vorabscheider

Vorabscheider werden zwischen abgesaugten Maschinen und Entstauber geschaltet. Sie fangen einen großen Teil des Staubes ab. Sie werden v.a. bei hohem Staubanfall eingesetzt.

• Luftreiniger

Nicht für jede Arbeit auf der Baustelle gibt es abgesaugte Handmaschinen, nicht immer kann der Staub bei der Entstehung vollständig oder nahezu vollständig von der Bearbeitungsmaschine abgesaugt werden. Hier sind Luftreiniger die Alternative, um Baustellen staubfrei zu halten.
Luftreiniger bestehen vereinfacht ausgedrückt aus einem Ventilator und Filter(n) sowie Ansaug- und Abluftöffnungen mit Ansaug- oder Abluftschlauch. Wie bei den Bau-Entstaubern wurden auch für Luftreiniger von der BG BAU mit den Herstellern Anforderungen festgelegt, die eine hohe Praxistauglichkeit auf Baustellen gewährleisten.

• Absaugbohrer

Löcher bohren setzt viel Staub frei, das weiß auch jeder Heimwerker. Dieser Staub ist sehr fein und belastet über Stunden den Raum. Dies gilt im privaten Bereich, wo vor allem kleinere Bohrer eingesetzt werden (Durchmesser bis etwa 10 mm) und natürlich auch in der Bauwirtschaft, wo durchaus Bohrer mit Durchmessern über 30 mm verwendet werden. Es gibt jedoch entsprechende Techniken, um staubarm bzw. sogar staubfrei Löcher bohren zu können.
Herkömmliche Bohrer haben eine Bohrwendel zur Förderung des Bohrstaubes aus dem Loch heraus. Absaugbohrer haben im Gegensatz dazu einen weitgehend glatten Zylinderschaft und Öffnungen an der Spitze, durch die der Staub über eine im hinteren Teil des Bohrers angebrachte Kupplung und den daran angeschlossenen Bau-Entstauber abgesaugt wird. Der Staub von Bohrlöchern wird somit an der Entstehungsstelle entfernt.

Links: Absaugbohrer; glatt, hohl, mit Löchern an der Spitze

problem. Diese Situation wird sich in Bezug auf den rechtlichen Aspekt nicht kurzfristig ändern, das Kapazitätsproblem ohne eine Änderung der derzeitigen Sachkunde-Schulungen auch mittelfristig nicht.

Leider wird bei den Diskussionen zu Asbest in Putzen, Fliesenklebern und Spachtelmassen Quarz außen vor gelassen, dass Quarzstaub krebserzeugend ist ebenso wie Asbest. Für die EU-Kommission ist „respirable crystalline silica one of the substances with the highest respiratory health risk to construction workers, together with asbestos." (EU Commission, 2016). Daher ist beim Bauen, Renovieren und Reinigen immer der Einsatz staubarmer Techniken notwendig.

Asbesthaltige Putze, Fliesenkleber und Spachtelmassen sicher zu bearbeiten ist technisch heute weder ein Problem noch besonders teuer. Die technischen Lösungen sind im Kasten auf der vorigen Seite beschrieben: abgesaugte Maschinen (Abbruchhammer, Exzenterschleifer, Mauernutfräse, Dosensenker, ...), Bau-Entstauber (Staubklasse M), Luftreiniger und Abschottung. Damit kann staubarm gearbeitet werden (A-, E- und Quarzstaub-Grenzwerte eingehalten) und vermutlich liegt die Asbestfaser-Konzentration dann auch unter 10 000 Fasern/m³.

Vorgehen in der Praxis

Die Schutzmaßnahmen im Kasten unterstützen das staubarme Arbeiten. Wird mit Bau-Entstaubern gereinigt, statt mit Besen gefegt, liegen die Expositionen unter dem Grenzwert für A-Staub und für Quarzstaub. Auch das Bohren mit Absaugbohrer oder Absaugglocke, das abgesaugte Dosensenken oder das Arbeiten mit abgesaugten Schlitzfräsen erfolgt nahezu staubfrei.

Zwar dürfte beim Einsatz von z.B. Absaugbohrern kaum Staub frei werden, generell aber gehören abgesaugte Maschinen und Luftreiniger gemeinsam auf die Baustelle. Schwierig ist die Akzeptanz dieser Techniken in den Betrieben, auch bei den Beschäftigten. Das staubarme Arbeiten in die Praxis zu bringen ist sicher eine Aufgabe, die Zeit braucht. Daher wäre es vermessen, hier ein kurzfristiges Ziel zu setzen. Staubarmes Arbeiten, ja sogar staubfreies Arbeiten auf Baustellen ist möglich. Erreicht wird dies flächendeckend nur, wenn alle mit arbeiten – Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Aufsichtsgremien und Hersteller.

Reinhold Rühl war Leiter des Bereichs Gefahrstoffe bei der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft, Mitglied in den Gremien des Ausschuss für Gefahrstoffe und Obmann u.a. von Branchenlösungen zu Bitumen, Staub, Epoxidharzen. Er ist seit Ende 2018 im Ruhestand.

Literatur: EU Commission: Guidance for National Labour Inspectors on addressing risks from worker exposure to respirable crystalline silica (RCS) on construction sites. Senior Labour Inspectors' Committee (SLIC), Oktober, 2016 • Klein, Helmut A.: Editorial „Branchenlösungen und Gesprächskreise – neue Wege im Arbeitsschutz". Gefahrstoffe – Reinhaltung der Luft, 2010 (70) 273 • Rühl, Reinhold: Staub auf Baustellen. Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart, ISBN 978-3-73388-0125-5, 2017

Vom Lateinamerika-Arbeitskreis des Nord-Süd Forum München* erreicht uns mit der Bitte um Weiterverbreitung ein Offener Brief an den TÜV-Süd, der kurz vor der schrecklichen Katastrophe das Dammbauwerk geprüft und freigegeben hatte.

Herrn Axel Stepken, Vorstandsvorsitzender TÜV Süd AG, Westendstr. 199, 80686 München

Brasiliengeschäfte des TÜV Süd

Sehr geehrter Herr Stepken,

aus den Berichten unterschiedlicher Quellen geht hervor, dass in Zusammenhang mit der entsetzlichen Dammbruchkatastrophe in Brumadinho im Januar eine Außenstelle des TÜV Süd in Sao Paulo beschuldigt wird, ein Sicherheitszertifikat für den Damm ausgestellt zu haben – nachdem ein anderes Unternehmen den Damm als Sicherheitsrisiko eingestuft hatte.

Der TÜV-Geschäftspartner Vale gilt als Minenbetreiber ebenso wie andere Eisenerz- und sonstigen Bergbauriesen als Feind angemessener Umwelt- und Sozialstandards. Da es sich bei der Brumadinho-Katastrophe nicht um einen einmaligen Zwischenfall handelt-die Region erlebte bereits zuvor eine todbringende Klärschlammlawine – fordern wir Sie hiermit nachdrücklich auf:

Bitte veranlassen Sie, dass die Arbeit des TÜV Süd bezüglich der Vergabe von Sicherheitszertifikaten durch Zweig- bzw. Außenstellen in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern schonungslos überprüft wird und dass etwaige Missstände wie Gefälligkeitsgutachten, Vetternwirtschaft und Co. konsequent abgestellt werden.

Was zunächst als gegen die eigenen Geschäftsinteressen gerichtet aussehen könnte, zahlt sich aus in Reputation, Imagegewinn, Vertrauen in Zuverlässigkeit und Korrektheit sowie in die Zuversicht, dass Korruption besiegbar ist.

Mit freundlichen Grüßen, gez. Christopher Hak, Heinz Schulze, 26. März 2019

für den Lateinamerika-Arbeitskreis des Nord Süd Forum München e.V. München
c/o EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80 RG, 80336 München, Tel: 089-856375-23,
www.nordsuedforum.de – E-Mail: info@nordsuedforum.de

Zu den Aufgaben der Parteistiftungen zählen insbesondere die politische Bildung, die Begabtenförderung, die politische Forschung und die internationale Zusammenarbeit. In diesem Rahmen propagieren die privaten Parteistiftungen die jeweiligen politischen Ideen, die von ihren jeweiligen Parteien vertreten werden.
(Bundeszentrale für politische Bildung)

Wir veröffentlichen Auszüge von Publikationen der Stiftungen.

Parteinahe Stiftungen zum Umgang mit Rechtspopulismus in Europa

Friedrich-Ebert-Stiftung: Die neue Wir-Erzählung

Wie die Sozialdemokratie es schaffen kann, dem Populismus in Europa die Luft zu nehmen.

Noch nie hat unsere Partei die Meinung vertreten, ... bei Deutschland als Teil eines vereinten Europas handele es sich lediglich um eine Wettbewerbsge-

meinschaft. Wir haben nicht an die „Optimierung der Marktkräfte" geglaubt, sondern an echten Interessenausgleich und ja, auch an Umverteilung. ... Wir dürfen nicht zulassen, dass Politik nur dazu da ist, den Wettbewerb unter den Menschen national und global möglichst funktional zu gestalten. Diese Haltung verzeihen die Wählerinnen und Wähler den sozialdemokratischen Parteien nicht – wie man in vielen Teilen Europas schon jetzt sehen kann, dies wird zudem für eine weitere Entfremdung zwischen Populisten und demokratischen Institutionen sorgen. Die Aufgabe unserer sozialdemokratischen Generation ist es, Ökonomie und Solidarität klug zu verheiraten. „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt" (der französische Sozialist Jacques Delors zum Binnenmarkt in seiner frühen Form). Heute, mit antidemokratischen Populisten in den

Parlamenten überall in Europa, wissen wir, dass er Recht hatte ... Wettbewerb pur nährt Eliten- und Demokratiefeindlichkeit, Rassismus und Isolationismus (siehe Brexit) ...

Die SPD muss auch in Zukunft eine politische Heimat für diejenigen sein, die sich einerseits anstrengen und andererseits Solidarität erwarten, wenn es mal nicht so gut läuft. Egal ob sie Mann, Frau, Angestellte, Arbeiter, Moslem oder katholisch sind. Unsere Wir-Erzählung sollte Weltoffenheit, persönliche Leistung und Solidarität miteinander verbinden. Wirtschaftspolitisch sollten wir ... die Partei der hohen Löhne sein. Einen globalen Wettbewerb über niedrige Löhne in Deutschland und Europa darf es mit uns nicht geben.

https://www.fes.de/…/der-abschottungspolitik-etwas-entgegensetzen/ 14.02.19

Friedrich-Naumann-Stiftung: Warum ist der Populismus eine Gefahr?

Erstens dürfen wir niemals den wesentlichen Unterschied, ... zwischen einer wahren Demokratie und einer populistischen Dominanz vergessen. Zu oft besteht die Tendenz, die Herrschaft der Mehrheit mit Demokratie zu verwechseln. ... Eine echte Demokratie ist ein System, das ohne die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Rechte von Minderheiten nicht existiert – ob politische, ethnische, religiöse oder sexuelle ... Das System, in dem die Minderheit keine akzeptierte Rolle hat, macht den Weg bis hin zur Diktatur frei. Populistische Führer können die Macht durch Wahlen übernehmen, sie können sogar die Unterstützung ihres Volkes haben, aber ihr Mangel an Respekt für individuelle Rechte und Freiheiten ist inakzeptabel ... Wenn die Rechtsstaatlichkeit nicht respektiert wird, ist es ... eine Diktatur der Mehrheit. Das zweite Risiko besteht darin, dass jeder politische Führer populistisch werden kann, wenn der wahltaktische Kalkül über die Werte gestellt wird ... Illiberale politische Bewegungen (tauschen) undemokratische Praktiken und „Know-how" über nationale Grenzen hinweg aus, insbesondere dann, wenn Populisten durch Angriffe auf die Zivilgesellschaft, Einschränkungen der Medienfreiheit und die Verunglimpfung von Minderheiten an die Macht kommen ... Inzwischen (hat sich) eine, „Internationale Illiberale" gebildet, die über ein Netzwerk verfügt in dem Hass, Fremdenfeindlichkeit und Verschwörungstheorien verbreitet werden ... Die nationalistisch-populistische Parteien wie die ungarische Fidesz und extrem rechte Bewegungen wie die Lega Nord in Italien und der französische Rassemblement national oder die AfD hier in Deutschland haben enge Verbindungen zu Putin. Aus Amerika werden durch die Alt-right-Bewegung rechtspopulistische Parteien in Europa unterstützt ... Alle demokratischen Bewegungen müssen sich, trotz allen parteipolitischen und ideologischen Differenzen, zusammenschließen, um die populistischen Ideen zu bekämpfen, die eine echte Gefahr für unsere Demokratie darstellen und somit für die Grundrechte aller Bürger.

(A. Brasseur, Ministerin a.D. des Großherzogtums Luxemburg, sowie Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. (20.3.2019 www.freiheit.org)

Hanns-Seidel-Stiftung: Populismus, Europa und politische Bildung

M. Ferber, zweiter Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung und Gastredner aus Brüssel berichtete von einem „sehr positiven Grundrauschen", mit dem die Kampagne zur Europawahl startete. Ferber sieht die CSU gut aufgestellt für die kommenden Europawahlen. „Mit M. Weber haben wir einen hervorragenden gemeinsamen Spitzenkandidaten der CDU/CSU, der nach F.-J. Strauß und E. Stoiber der dritte Bayer wäre, der eine solche Spitzenposition ausfüllt. Unser Auftrag als Europäer sollte sein, an der Spitze der Gestalter zu stehen."

Ferbers Plädoyer, „wir können nicht alles alleine", setzte ganz klar auf die gemeinsame Stärke Europas in der Zusammenarbeit. Für M. Ferber haben wir Bayern auch eine ganz gute Übersetzung für Subsidiarität – „Leben und leben lassen" in unserer europäischen Vielfalt, anstatt

DOK Rechte Provokationen ---Demokratische Antworten

Redaktionsnotizen • Zusammenfassung: Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

Suspendiert. Die Europäische Volkspartei (EVP) hat die Mitgliedschaft der ungarischen Partei Fidesz suspendiert. Victor Orbàns antisemitische Kampagnen gegen George Soros und seine Universität in Budapest, die Hetze gegen EVP-Kommissionspräsident Juncker und die EU, die Korruption, die Aushöhlung des Rechtsstaats – all dies könnte gemäßigte EVP-Wähler*innen bei der Europawahl abschrecken. Davor haben die deutschen EVP-Parteien CDU und CSU Angst. Sie stellen mit Manfred Weber den Spitzenkandidaten der EVP zur Europawahl. Die luxemburgische Partei Junckers hält Orbàn für einen „korrupten Regierungschef ..., der rechtsstaatliche Grundsätze mit Füßen tritt". Sie wollte die Fidesz aus der EVP rausschmeißen. Doch Weber, Söder und Kramp-Karrenbauer wissen: Sie werden die Fidesz-Stimmen im Rat und im EU-Parlament nach derEuropawahl noch brauchen. „EVP-Werte" hin oder her. Thilo Janssen, 2.4.2019

Österreichs Regierung prüft Auflösung der „Identitären". Nach einer Spende des mutmaßlichen Attentäters von Christchurch an die österreichische „Identitäre Bewegung" prüft die Regierung deren Auflösung. Die „Identitären" wenden sich unter anderem gegen „unkontrollierte Massenzuwanderung". NZZ, 28.3.19

Keine SS-Renten in Europa! Ende Februar 19 verabschiedete das belgische Parlament eine Entschließung zu den Rentenzahlungen aus Deutschland an ehemalige Kollaborateure, Angehörige der deutschen Wehrmacht und der SS-Verbände, die für ihre Beteiligung am Okkupationsregime von der deutschen Seite mit Beträgen zwischen 400 € und über 1250 € alimentiert werden. Belgische Politiker forderten, diese „völlig unannehmbare Situation" zu beenden und das Problem „auf diplomatischem Weg" zu lösen. Im Juni 2018 fragte Ulla Jelpke (Die Linke) im Bundestag, wie die Bundesregierung auf die „Problematik von deutschen Rentenleistungen für ehemalige belgische Waffen-SS-Freiwillige und andere, in Belgien teilweise als Militärkollaborateure verurteilte Personen" reagieren wolle. Damals lagen der Bundesregierung „keine Erkenntnisse" vor. Während die ehemaligen Zwangsarbeiter immer wieder vertröstet wurden, bezogen allein in Lettland Mitte der 90er Jahre rund 1500 ehemalige Waffen-SS-Angehörige auch deutsche Versorgungsrenten. Diese Gelder wurden gezahlt, obwohl bekannt ist, dass sich die SS-Verbände bei der Verfolgung von jüdischen Menschen und Partisanen mit besonderer Brutalität hervortaten.

Aus dem: FIR-Rundschreiben 2019-4

Einfalt. Im Sinne der Subsidiarität wäre für Ferber auch eine Europäische Arbeitslosenversicherung wichtig. Es seien die Mitgliedsstaaten verantwortlich, ehe die EU dafür Sorge tragen soll, dass alle Europäer Arbeit haben.

Wenn Ferber gefragt wird, wie man es mit Orban halte, zeichnet er stets das Bild einer Großfamilie auf „Wir haben alle ein gemeinsames christliches Erbe in Europa. Orban und somit Ungarn fallen zu lassen, würde zur Teilung und Spaltung Europas führen. Wir wollen ihn in der Familie behalten, im Interesse des europäischen Zusammenhalts."
(www.hss.de M. Stadlbauer, 18.1.19)

Heinrich-Böll-Stiftung: Studie: Demokratiesicherung in der Europäischen Union

Die EU-Staaten sind rechtlich und institutionell so eng miteinander verflochten, dass sie nicht tolerieren können, wenn ein Mitglied seine demokratische Rechtsstaatlichkeit nachhaltig verletzt und sich in ein autoritäres System wandelt. Die Entwicklungen in Polen und Ungarn sind deshalb kein rein nationales Problem, über das die anderen EU-Staaten hinweg schauen könnten. Die EU – gemeint sind damit auch die Mitgliedstaaten – ist zum Handeln gezwungen, wenn der Schutz der demokratischen Opposition, die Freiheit der Meinung und der Medien, das Parteien- und Wahlrecht und die Unabhängigkeit der Justiz als Garanten eines fairen politischen Wettbewerbs auf dem Spiel stehen. Wie soll die EU auf Demokratieabbau in ihren Reihen reagieren? ... Die bisherigen Maßnahmen seitens der EU und ihrer Mitgliedstaaten haben den Staatsumbau in Polen und Ungarn nicht verhindert. ... Die wohl wichtigste Botschaft der Studie ist ihr Plädoyer für eine Kultur der Einmischung, für mehr politische Auseinandersetzung sowohl auf politisch-institutioneller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Insbesondere der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs sollte sich regelmäßig mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Mitgliedstaaten auseinandersetzen und sein Gewicht geltend machen. Dafür muss ein echter Kulturwandel im Rat stattfinden. ... Dies würde auch die Autorität der Europäischen Kommission stärken, die ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel konsequenter anzuwenden und gegen die jeweiligen Mitgliedstaaten vorzugehen. Die Reaktionen der polnischen und ungarischen Regierungen auf die Interventionen zeigen aber, dass rechtliche Verfahren allein nicht helfen, wenn rechtsautoritäre Bewegungen breite politische Unterstützung finden. Sie können jede EU-Intervention leicht als unzulässige Einmischung in ihre nationalen Angelegenheiten verurteilen. Daher ist es essenziell, auch die in ihren Rechten und Freiheiten bedrohte Zivilgesellschaft transnational zu unterstützen und so die Selbstheilungskräfte im Land zu stärken. Denn nachhaltig können rechtsstaatliche Fehlentwicklungen nur durch neue politische Mehrheiten behoben werden. ...
www.boell.de Studie „Demokratiesicherung in der EU" von Prof. C. Möllers und L. Schneider 20.2.18

Konrad-Adenauer-Stiftung Studie „Mit Haltung gegen Populismus"

Herausgestellt wird, was Strategien gemeinsam haben, mit denen Rechtspopulisten erfolgreich zurückgedrängt wurden.

„Einbinden oder Distanz halten." Binden Parteien die Rechtspopulisten ein, bedeutet das nicht automatisch eine Koalition oder Minderheitsregierung unter Tolerierung der Rechtspopulisten. Auch die Übernahme von Positionen sei eine „indirekte Form der Einbindung". Auf Distanz halten heiße: „Abgrenzen, Stigmatisieren, Attackieren, Haltung zeigen." Frankreich, die Niederlande und Österreich werden in der Studie als Beispiele für einen erfolgreichen Umgang erwähnt. ... In Österreich beispielsweise ist die FPÖ sogar Koalitionspartner. Dass die FPÖ aber nicht das Bundeskanzleramt errungen habe, sei ein Erfolg des österreichischen Kanzlers Kurz (ÖVP). Er habe die Frage der strikteren Einwanderungs- und Asylregeln seriöser behandelt als die FPÖ, „und vor allem: Er hat seine Meinung nicht erst im Wahlkampf kundgetan". Das zeige Haltung. Diese finde man vor, wenn ein Politiker bei sensiblen Themen wie Europa- und Flüchtlingspolitik eine klare Linie fahre, seine Einstellung nicht ändere und diese offensiv gegenüber politischen Konkurrenten vertrete. ... Dasselbe habe man bei Macron in Frankreich sehen können, der sich gegen den Front National durchgesetzt habe, und bei Premierminister Rutte in den Niederlanden, wo es gegen den Vorsitzenden der Partei für die Freiheit (PVV) Wilders ging.

Im Gegensatz dazu sei es nicht sinnvoll, „Positionen der Rechtspopulisten zu übernehmen oder sich ihnen anzunähern". Auch wenn diese Strategie aktuell am häufigsten angewendet würde, legitimiere sie die Positionen der Rechtspopulisten nachträglich. „Das ‚Rennen' um die härteste Asyl-, Einwanderungs-, Abschiebungs- und Grenzschutzpolitik hat am Ende nur den Populisten genützt, nicht den Parteien, die versuchten, sie auf diesen Politikfeldern zu kopieren."
https://www.kas.de Anna-Sophie Heinze Franziska Fislage Karsten Grabow 27.6.2018

Rosa-Luxemburg-Stiftung Europas Kampf um Menschenrechte – Das Paradigma sozialer Gerechtigkeit

Mit dem UN-Sozialpakt und der Europäischen Sozialcharta erkennen Generalversammlung und Europarat an, dass die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte deklarierten Grundrechte nur in solchen Verhältnissen verwirklicht werden können, in denen Menschen frei von Furcht und Not leben.

Ein zentraler Fortschritt im internationalen Menschenrechtsdiskurs besteht in eben dieser Einsicht: dass bürgerliche und politische Rechte sowie wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einander bedingen. Die Geltung der liberalen Freiheitsrechte und der politischen Teilnahmerechte ist weitestgehend unstrittig. Demgegenüber besteht eine anhaltende Debatte über die sozialen Teilhaberechte. Gerade der politische Umgang mit diesen individuellen Anspruchsrechten entscheidet jedoch wesentlich über den Erfolg rechtspopulistischer Parteien.

Europas Kampf um Menschenrechte

Die wirksame Anwendung eines universellen Menschenrechtsschutzes globaler sozialer Rechte – wie das Recht auf Arbeit, Gesundheit und Wohnen – ist nur in Staaten erfüllbar, in denen soziale Gerechtigkeit konstitutiv ist. Für die Europäische Union bedeutet das: Über Frieden und Demokratie hinaus können Menschenrechte nur gewahrt werden, wenn eine gemeinsame europäische Sozialpolitik viel stärker in den Mittelpunkt rückt. Menschenrechte haben hauptsächlich deklaratorischen Charakter. Die Realisierung dieser Rechte obliegt den politischen Akteuren. Eine wohlverstandene europäische Integration muss demnach grundlegend auf europäischer Solidarität basieren, die sich an sozialer Gerechtigkeit orientiert.
de.Rosalux.eu Alexandra Spaeth, 19.12.2018

OFFENER BRIEF AN DIE BUNDESKANZLERIN

Drei Forderungen aus der Zivilgesellschaft: Notfallplan für Bootsflüchtlinge / „Sichere Häfen“ ermöglichen / Keine Rückführung nach Libyen

Berlin/Frankfurt, 3. April 2019

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
in den vergangenen Wochen hat Deutschland gemeinsam mit anderen europäischen Staaten immer wieder Menschen aufgenommen, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet wurden. Wir sehen dieses Engagement und begrüßen es, dass die Bundesrepublik bei anderen EU-Mitgliedstaaten für einen Verteilmechanismus für diese Menschen wirbt.

Wir, die Unterzeichnenden, setzen uns auf unterschiedliche Weise für eine menschenrechtsbasierte, solidarische Flüchtlingspolitik ein – als Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, humanitäre Hilfsorganisationen, Seenotrettungsorganisationen, Kommunen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Bewegungen und lokale Bündnisse.

Wir sind erschüttert angesichts der gegenwärtigen europäischen Politik, die immer stärker auf Abschottung und Abschreckung setzt – und dabei tausendfaches Sterben billigend in Kauf nimmt. All diese Menschen haben Schutz und eine menschenwürdige Zukunft für sich und ihre Familien gesucht.

Die Pflicht zur Seenotrettung ist Völkerrecht und das Recht auf Leben nicht verhandelbar. Diese Verantwortung trifft in erster Linie die EU und ihre Mitgliedstaaten; sie müssen eine völkerrechtsbasierte Seenotrettung auf dem Mittelmeer gewährleisten. Sie haben sich auch dazu verpflichtet, Schutzsuchenden Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu gewähren. Für all dies sind wir gemeinsam mit zehntausenden Menschen in den vergangenen Monaten bundesweit auf die Straße gegangen.

Dass zivile Helfer*innen kriminalisiert werden, die der unterlassenen Hilfeleistung der europäischen Staaten nicht tatenlos zusehen wollen, ist ein Skandal. Diese Politik muss beendet werden, denn sie bedroht nicht nur das Leben von Menschen, sie setzt auch unsere eigene Humanität und Würde aufs Spiel. Und sie beschädigt das Vertrauen in den Rechtsraum und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Daher bedarf es einer Neuausrichtung der deutschen und europäischen Politik.

Wir wenden uns an Sie als eine Kanzlerin, die in einem kritischen Moment einen Entschluss gefasst hat, europäisch zu handeln. Die folgenden Maßnahmen weisen aus unserer Sicht Wege aus der derzeitigen humanitären Katastrophe und der politischen Krise. Jetzt, kurz vor den Europawahlen 2019, sind sie wichtiger denn je.

1. Notfallplan für Bootsflüchtlinge: Die Bundesregierung verhandelt bereits mit anderen europäischen Staaten über ein Verteil- und Aufnahmeverfahren (Relocation) für im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge. Mehrere europäische Staaten sollen sich mit der EU-Kommission zusammenschließen und unter Koordination des Asylunterstützungsbüros EASO die Menschen unter Anwendung der Humanitären Klausel der Dublin-Verordnung nach einem vorher festgelegten Schlüssel verteilen. Den Schutzsuchenden muss nach Anlandung in einem sicheren europäischen Hafen eine menschenwürdige Aufnahme und Zugang zu einem fairen Asylverfahren gewährt werden. Der Europäische Flüchtlingsrat hat dazu einen praktikablen Vorschlag gemacht.[1] Wir appellieren an Sie, schnellstmöglich einen solchen Notfallplan für Gerettete und andere über das Mittelmeer ankommende Schutzsuchende umzusetzen.

2. „Sichere Häfen“ ermöglichen: Wir bitten die Bundesregierung, aufnahmebereiten Kommunen in unserem Land die freiwillige Aufnahme von zusätzlichen Schutzsuchenden in einem europäischen Relocation-Verfahren zu ermöglichen. Zahlreiche deutsche Städte und Gemeinden haben sich in den vergangenen Monaten zum „Sicheren Hafen“ erklärt und ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert. Für sie muss eine Möglichkeit geschaffen werden, über ihre Aufnahmepflicht gemäß Königsteiner Schlüssel hinaus, zusätzlich freiwillig Schutzsuchenden aufzunehmen – entweder auf Grundlage bestehender oder neuer rechtlicher Regelungen.

3. Keine Rückführungen nach Libyen: Die EU und die Bundesrepublik müssen das Non-Refoulement-Gebot als zwingendes Völkerrecht achten und umsetzen. Wir bitten Sie, dieses Gebot deutlich gegenüber anderen Staaten zu verteidigen. Das Verbot der Zurückweisung in eine Bedrohungssituation verlangt, dass gerettete Menschen an einen sicheren Ort evakuiert werden. Einige der südlichen Mittelmeeranrainer bemühen sich Asylsysteme aufzubauen. Aufgrund der fehlenden rechtsstaatlichen Garantien kann ein sicherer Ort bis auf weiteres jedoch nur in der EU liegen. Nach Libyen zurückgebrachte Menschen sind systematisch Folter, Versklavung und Gewalt ausgesetzt, wie Sie aus UN- und Botschaftsberichten wissen. Dementsprechend darf es keine Zurückführung nach Libyen geben. Daraus ergibt sich auch, dass die Bundesregierung und die EU jede Unterstützung und Ausbildung der sog. libyschen Küstenwache einstellen müssen. Diese fängt fliehende Menschen erwiesenermaßen auf hoher See ab und bringt sie mit Gewalt nach Libyen zurück. Auch andere Staaten dürfen nicht dabei unterstützt werden, schutzsuchende Menschen abzuwehren, in Gefahr zurückzudrängen oder unter unmenschlichen Bedingungen festzuhalten.

Wir richten diese Forderungen an Sie und werden uns auch künftig mit aller Kraft für politische Lösungen einsetzen, die von Humanität geleitet sind.

Hochachtungsvoll (...)

1 Relying on Relocation: ECRE Proposal for a Predictable and Fair Relocation following Dis-embarkation, 25.01.2019 www.ecre.org/relvinq-on-relocation-ecre-proposal-for-a-predictable-and-fair-relocatiortfollowina-disembarkation/

11. APRIL 1919 INTERNATIONAL

Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

Das Arbeitnehmerbüro bei der ILO

Das Arbeitnehmerbüro bei der ILO (ACTRAV) fungiert als Bindeglied zwischen dem Internationalen Arbeitsamt und den Gewerkschaften. ACTRAV arbeitet dabei mit dem Sekretariat der Arbeitnehmergruppe des ILO-Verwaltungsrats zusammen.

Aufgabe des Büros ist es, die Arbeitnehmerorganisationen bei der Verteidigung und Förderung der Arbeitnehmerrechte zu unterstützen. Dazu werden eigene Aktionsprogramme aufgelegt und Projekte durchgeführt. Ein wesentlicher Schwerpunkt des Büros sind Bildungsmaßnahmen. Die globalen Programme in diesem Bereich richten sich an Interessenten aus der Arbeiterbewegung und den sozialen Bewegungen. Ein Teil der Bildungsmaßnahmen findet im Internationalen Trainingszentrums der ILO in Turin statt. Eine zentrale Zielstellung der Bildungsaktivitäten ist es, die Akteure auszubilden, um sich wirksamer am sozialen Dialog und der öffentlichen Debatte zu beteiligen und Umsetzung der Politik beteiligen zu können. Insbesondere bieten die Kurse auch eine Möglichkeit der Begegnung von unterschiedlichen Kulturen, gewerkschaftlichen und betrieblichen Bedingungen und Praktiken.

Die Global Labour University

ACTRAV hat auch eine netzwerkartige Kooperation mit dem universitären Sektor aufgebaut, die Global Labour University (GLU). Die Global Labour University selbst ist ebenfalls ein Netzwerk von Universitäten, internationalen und nationalen Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft und der ILO, das Gewerkschaftsmitglieder, Arbeitnehmeraktivisten und Experten für Postgraduierten-Qualifizierungsprogramme unterstützt. Die GLU bietet in diesem Zusammenhang auch einen sechsmonatigen Ausbildungskurs an.

Schwerpunkte des Global Labor University Netzwerkes:

- Globalisierung und Arbeit
- Arbeit und Entwicklung, Wirtschaftspolitik, Globalisierung und Arbeit
- Arbeitspolitik und Globalisierung
- Sozialwirtschaft und Arbeit

Von Rolf Gehring, Brüssel

Mit der Manufaktur und der folgenden Industrialisierung tritt auch die organisierte Arbeiterbewegung auf den Plan. Früh findet in den Konflikten zwischen Lohnarbeit und Kapital eine Fokussierung auf die rechtliche Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen und der Arbeitsbedingungen statt, die im bürgerlichen Recht nicht vorgesehen war. Gleichzeit entwickelt sich eine Kritik an den übelsten Formen der Ausbeutung, der Kinderarbeit oder der Länge des Arbeitstages.

Zwischen 1869 und 1874 werden in mehr als 1000 Streiks im Kaiserreich höhere Löhne, Überstundenzuschläge, kürzere Arbeitszeiten, die Abschaffung autokratischer Fabrikordnungen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gefordert. 1873 wird dann der erste Tarifvertrag für das Buchdruckergewerbe abgeschlossen – ein neues Rechtsinstrument geschaffen. Bereits die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation 1866 war der Versuch, die Arbeitskraft zu schützen und ihre Emanzipation zu erlangen, und zwar als internationale Aufgabe. Die Kritik der tatsächlichen Arbeitsbedingungen war auch hier ein zentrales Thema.

Der Widerstand gegen elendste Arbeitsbedingungen in der Hochindustrialisierung und einer sich verschärfenden Weltmarktkonkurrenz und ihrer gesellschaftlichen Folgen wird auch militanter, vor allem aber offensichtlich zu einer Sprengkraft für die soziale Ordnung. Vor diesem Hintergrund findet auf kaiserlichen Erlass 1890 eine internationale Arbeitsschutzkonferenz in Berlin statt, auf der Fragen der Arbeits- und Sozialordnung als Gegenstand der internationalen Beziehungen thematisiert wurde. Kurz darauf wurde noch im gleichen Jahr die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz mit Sitz in Basel gegründet. Sie kann als direkter Vorläufer der ILO gesehen werden. Die Vereinigung suchte die Kooperation mit Regierungen und der Wissenschaft. Ihre Aktivitäten führten zur Gründung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeitsschutz, deren Aktivitäten 1905 in der ersten internationalen Konvention mündeten – das Verbot der Frauennachtarbeit und das Verbot von weißem Phosphor in der Zündholzfertigung.

Der Große Krieg setzte eine Zäsur. Imperialistischer Krieg, Kolonialismus aber auch der Internationalismus der sozialistischen Bewegung und anderer Strömungen wurden wichtige Momente für ein weiter wachsendes Bemühungen internationale Organisationen zu formieren. Die Friedenskonferenzen in den Jahrzehnten vor dem großen Krieg, ist ein weiterer Strang, der dann in der Gründung der ILO mündet.

Die ILO wird auf der Versailler Friedenskonferenz als ständige Einrichtung des Völkerbundes mit dem ausdrücklichen Ziel der Sicherung des Weltfriedens am 11. April 1919 gegründet. Soziale Gerechtigkeit wird als eine Voraussetzung eines anhaltenden Friedens gedeutet und die Arbeitskraft soll ausdrücklich nicht nur als Ware, sondern mit Rechten aus-

Der Generaldirektor der ILO, Edward Phelan (links) und der Generaldirektor der Vereinten Nationen, Trygve Lie, unterzeichnen im Dezember 1946 das Abkommen, das die ILO zu einer eigenständigen Agentur der UN macht. https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/history/lang--en/index.htm

gestattet angesehen werden. Die ILO war die erste internationale Organisation, die sich gegen das Nazi-Regime positionierte. Nach der Unterdrückung der Gewerkschaften durch das faschistische Regime, lehnte die Arbeitnehmergruppe die Vertreter der Deutschen Arbeiterfront als Arbeitnehmervertretung des Deutschen Reiches ab.

Von zentraler Bedeutung für die ILO ist die Konferenz von Philadelphia (1944), auf der Ziele und Zweck der internationalen Organisation nach dem Zweiten Weltkrieg neu bestimmt wurden. Die Erklärung von Philadelphia wurde Bestandteil der ILO-Verfassung. Sie verankert den Grundsatz, dass Armut, wo immer sie besteht, eine Bedrohung des Wohlstandes aller ist. Die Erklärung verpflichtet die ILO, sich für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen einzusetzen. Jetzt hieß es ausdrücklich: „Arbeit ist keine Ware". Als Zielsetzung der ILO wurden die Freiheit der Meinungsäußerung und die Vereinigungsfreiheit wie auch eine stabile internationale Finanzarchitektur als wesentliche Voraussetzung für nachhaltigen Frieden benannt. 1946 wird die ILO die erste UN-Unterorganisation.

Die Organisation hatte bei ihrer Gründung 45 Mitglieder, heute sind es 183. Als Organe der Organisation wurden eingerichtet:

– Die Internationale Arbeitskonferenz, die sich jährlich trifft.

– Der Verwaltungsrat mit 56 Mitgliedern (28 staatliche Vertreter, 14 Arbeitnehmervertreter und 14 Arbeitgebervertreter –Stand heute).

– Das Internationale Arbeitsamt ist das in Genf angesiedelte Sekretariat mit 40 Zweigstellen in verschiedenen Ländern.

Die internationale Arbeitskonferenz beschließt Übereinkommen und Empfehlungen, die sich jeweils mit konkreten Gegenständen der Arbeit und der Arbeitsbeziehungen befassen. Bis heute wurde 189 Übereinkommen und 205 Empfehlungen durch die ILO verabschiedet.

Durch Mitgliedsstaaten ratifizierte Übereinkommen werden in den jeweiligen Ländern Rechtsnormen. Anders als innerstaatliches Recht können diese völkerrechtlichen Normen nicht von einer zentralen Gewalt durchgesetzt werden, sie sind von der Anerkennung durch die Vertragspartner abhängig. Es hat sich in diesem Zusammenhang ein System der Beschwerde- und Klageverfahren herausgebildet, einschließlich eines Sonderverfahrens für die Verletzung der Vereinigungsfreiheit (1951 gegründet); gewissermaßen frühe Formen der Mediation und Streitschlichtung.

Kaum zu hoch dürfte die Funktion der Begegnung sein, die sich den Beteiligten bietet. Vertreter nicht nur der unterschiedlichen Gruppen, vielmehr noch der Menschen aus unterschiedlichsten Teilen der Welt mit ihren kulturellen, technischen und arbeitsorganisatorischen Unterschieden, Unterschieden in der Sicherheitskultur, den sozialen Strukturen usf. treten hier in Austausch und Kooperation.

Die tripartistische Struktur ist eine wichtige Voraussetzung der Akzeptanz von getroffenen Vereinbarungen. Sie ist vor allem aber auch Voraussetzung für das öffentliche Ansehen und die gesellschaftliche Akzeptanz, ohne die die ILO gewissermaßen eine bürokratische Instanz bleiben würde. Die tripartistische Struktur und die Formen der politischen Aushandlungsprozesse haben nicht zuletzt die Rolle und Funktion der Sozialpartner in den EU-Verträgen stark beeinflusst.

Die ILO vertritt auch heute noch ihren Gründungsimpuls der Verbindung von Arbeitnehmerrechten, sozialer Entwicklung und Frieden, auch in unwirtlichen Zeiten, in denen internationale Strukturen und Aushandlungsprozesse durch Nationalismus und Protektionismus infrage gestellt werden. Zuletzt (2017) hatte sie die Empfehlungen für Wanderarbeiter revidiert und auch eine Empfehlung (Nr. 205) zu Krisen und Migration verabschiedet* und bereits 2013 (Konvention 189) eine für die Arbeit von Hausangestellten verabschiedet. Die ILO-Kernarbeitsnormen werden heute als universelle Menschenrechte anerkannt.

Inhaltlich hat die Organisation auch Marken für Mindeststandards in Bereich der sozialen Sicherung gesetzt. Von 1952 bis 1982 wurden sechs relevante Übereinkommen in diesem Bereich verabschiedet, die unter anderem Ziele für die Sozialpolitik formulieren und Standards für Krankheit, Alter, Mindestlöhne, die Versorgung von Migranten und Flüchtlingen usf. formulieren.

Strukturelle Änderungen in den Beschäftigungsformen à la Plattformökonomie deuten heute starke Verwerfungen in den tradierten Beschäftigungsformen und -verhältnissen an, die an die Frühindustrialisierung erinnern. Die ILO hat allerdings alle Instrumente schon geschaffen und erprobt, um auch weiterhin Impulse für die soziale Ausgestaltung dieser Entwicklungen zu geben.

* Siehe hierzu auch PB 8/2017 – ILO-Empfehlungen zu Krisen und Migration.

Gegenseitige Stärkung: ILO und UNO

Eva Detscher, Karlsruhe

Die ILO wird heute als „Sonderorganisation der UN" beschrieben, das Logo der ILO weist auch direkt auf die Einbindung in das völkerverbindende Projekt UNO hin.

Die ILO wurde wie auch der Völkerbund auf der Friedenskonferenz 1919 gegründet, die UNO 1945. 2011 wurden die acht Kernarbeitsnormen der ILO im Rahmen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrecht völkerrechtlich den „klassischen" Menschenrechten gleichgestellt.

Würdiges Leben benötigt die Anerkennung und Sicherung von Grundrechten, Bürgerrechten und eben auch normativen Vorgaben für das Arbeitsleben.

Ein langer und mühsamer Weg, den die ILO gegangen ist und geht, und in vielen Fragen ist sie Vorreiter und Maßstab für EU und die UN.

ILO Kernarbeitsnormen

- Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts (1948)
- Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen (1949)
- Beseitigung von Zwangsarbeit (1930) und Protokoll dazu (2014)
- Abschaffung der Zwangsarbeit (1957)
- Gleichheit des Entgelts (1951)
- Anti-Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (1958)
- Mindestalter (1973)
- Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (1999)

https://www.ilo.org/global/lang--en/index.htm

Quellen:

DGB: Geschichte der Internationalen Arbeitsorganisation – https://www.dgb.de/themen/++co++848d2e14-8acb-11e0-5636-00188b4dc422

Klaus Pickshaus: **100 Jahre ILO: Kampf um globale Arbeits- und Sozialstandards,** in Sozialismus 4-2019

Ralf Pieper: **Die „Erklärung von Philadelphia" (1944)** – Vision für eine globale Arbeits- und Sozialordnung am Ausgang des 2. Weltkriegs

Inhalt

Aktuelles 2
Europäische Bürgerinitiative / Recht auf Wohnen

Erdogan-Regime verliert bei den Kommunalwahlen die Großstädte und die zwangsverwalteten Regionen in Kurdistan 2
HDP fordert Respekt vor dem Wählerwillen ein
Wahlbeobachtung: Militär statt Demokratie
Solidarität

„The 3million" und „British in Europe" 5

Spanien vor der Wahl 6

Aktionen – Initiativen: Umstrittenes Urheberrecht 8
Initiative Urheberrecht begrüßt Ergebnis der Abstimmung • Die Zukunft der Urheberinnen und Urheber • Urheberrechtsreform: Rat entscheidet wohl am 15. April • EU-Urheberrechtsreform: Fragwürdige Marktbereinigung statt fester Grundrechte • Urheberrechtsreform darf nicht das letzte Wort sein

AfD-Denunziantenportal Hamburg – Starke Zivilgesellschaft, schwacher Schulsenator 10
„Meine Fraktion spricht der Ida Ehre Schule ihre volle Solidarität aus!"

Kommunale Politik, Thema: Gegen Rechtsextremismus 12
Keine öffentlichen Räume der AfD! Hamburg-Wandsbek. • Keine Kapitulation vor Rechtsextremen: Chemnitz. • Missbrauch von Kleingartenvereinen: Leipzig. • Applaus für Holocaust-Leugner und Terrorist: Wiesbaden. • Kein Bier von, für und mit Nazis! Berlin. • Augen auf im Kampf gegen die extreme Rechte in Erfurt! • Die Linke Ratsfraktion will „offensive und aktive Erinnerungskultur in Rendsburg". • Gemeinsames Statement SPD, Grüne, Die Linke zum Umgang mit der AfD • Linke verurteilt Einschüchterungsversuch: Essen. • Solidarisch gegen den Hass: Lübeck • Hauptausschuss lehnt Abgrenzung gegen Rechts ab: Essen.

Staub war Gestern – Gemeinsam zur staubarmen Baustelle 16

Parteinahe Stiftungen zum Umgang mit Rechtspopulismus in Europa 18

Offener Brief an die Bundeskanzlerin, drei Forderungen aus der Zivilgesellschaft: Notfallplan für Bootsflüchtlinge / „Sichere Häfen" ermöglichen / Keine Rückführung nach Libyen 21

Kalenderblatt, 11. April 1919: Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 9. Mai 2019. Redaktionsschluss: Freitag, 3. Mai. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.
Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 27. Juni, 25. Juli, 22. August, 10. Oktober, 7. Nov., 5. Dez.

Die Politischen Berichte hatten im März letzten Jahres die Solidaritätserklärung für den kurdischen Mezopotamien-Verlag abgedruckt; bei dem Verlag waren bei einer dreitägigen Hausdurchsuchung LKW- und tonnenweise sämtliche Bücher abtransportiert worden waren. Jetzt informiert das Antiquariat Markov, das damals die Solidaritätsaktion organisierte, über neue Schritte: „Im Februar dieses Jahres hat der Bundesinnenminister nun den Verlag verboten, ebenso wie den MIR Musikvertrieb, der an der gleichen Adresse ansässig war. Anlässlich der Leipziger Buchmesse initiierte der Unrast Verlag darum eine neue Solidaritätserklärung, die bald veröffentlicht werden soll. Eine ganze Reihe an Unterschriften konnte auf der Messe schon gesammelt werden. Wir würden uns sehr freuen, wenn Ihr / Sie auch diesmal unterschreibt. Bitte schickt Eure / schicken Sie Ihre Unterschrift einfach per Antwort-mail an: info@antiquariat-markov.de. Es ist auch ein Solidaritätsprojekt in Planung, das bis zur Frankfurter Buchmesse einige der deutschsprachigen Titel des Mezopotamien Verlags wieder verfügbar machen soll." Im Folgenden Auszüge aus der Solidaritätserklärung:

Gegen politische Zensur und die Einschränkung der Meinungsvielfalt – Für die Aufhebung des Verbots der Medienhäuser Mezopotamien Verlag und MIR Musikvertrieb (Neuss)

Am 12. Februar wurden die Räumlichkeiten des in Neuss ansässigen Mezopotamien Verlags und des benachbarten MIR Musikvertriebs erneut von Zoll und Polizei heimgesucht. Die gesamte Einrichtung und das vollständige Medienlager, sowie das gemietete Gebäude und das Grundstück wurden beschlagnahmt und in das Eigentum des Innenministeriums überführt. Vorausgegangen war eine vereinsrechtliche Verbotsverfügung der beiden kurdischen Medienunternehmen durch den Innen- und Heimatminister Horst Seehofer. Darin wird unterstellt, dass beide Unternehmen Organisationen der in Deutschland seit 1993 verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) seien.

Bereits am 8. März des vergangenen Jahres war der Mezopotamien Verlag Ziel einer drei Tage andauernden Hausdurchsuchung.

Bereits im letzten Jahr kritisierte das PEN-Zentrum Deutschland das „rabiate Vorgehen" und äußerte den naheliegenden Verdacht, dass „das Verfahren im Interesse der türkischen Regierung angestoßen wurde". Die Repression im vergangenen Jahr gegen die beiden kurdischen Medienhäuser fand nur wenige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen in der Türkei statt, was einen solchen Verdacht natürlich nahelegte. Weiter heißt es in der Stellungnahme des PEN-Zentrums: „Die Meinungs- und Publikationsfreiheit ist unabdingbare Grundlage unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft in Deutschland und verträgt nicht die geringsten Verdachtsmomente der Einschränkung."

Das aktuelle Verbot der beiden kurdischen Medienhäuser liegt wiederum nur wenige Wochen vor den für Erdogan so wichtigen Kommunalwahlen, die am 31. März stattfinden. Auch hier liegt ein Zusammenhang auf der Hand. Die oppositionellen kurdischen Stimmen in Deutschland sollen zum Verstummen gebracht werden. Erdogan hat das im vergangenen Jahr mehrfach öffentlichkeitswirksam von der Bundesregierung gefordert. So spielen neben den eigenen Interessen im Zusammenhang mit diesem Verbot auch die der türkischen Regierung eine Rolle.

Wir erklären uns solidarisch mit den von der Hausdurchsuchung und dem Verbot betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Der Mezopotamien Verlag veröffentlicht in verschiedenen Sprachen Literatur zur kurdischen Geschichte, zur kurdischen Sprache und auch zahlreiche Schriften zu Idee und Praxis des demokratischen Konföderalismus. Darüber hinaus Romane, Kinder- und Jugendbücher, Gedichtsammlungen, Wörterbücher und Lehrbücher.

Keines dieser Bücher ist auch nur ansatzweise in der Vergangenheit straf- oder zivilrechtlich beanstandet oder gar verboten worden. Auch heute richtet sich das Verbot des Verlages nicht gegen die veröffentlichten Medien und dennoch sind sie tonnenweise beschlagnahmt worden. Das ist politische Zensur „durch die Hintertür". Es ist offensichtlich, dass juristisch nicht zu beanstandende Bücher, Broschüren und CDs aus politischen Erwägungen mit einem vereinsrechtlichen Konstrukt aus dem Verkehr geschafft und der kritischen Öffentlichkeit vorenthalten werden sollen. Das ist ein nicht hinnehmbarer Eingriff in die grundgesetzlich geschützte Presse- und Publikationsfreiheit.

Wir als Medienschaffende im deutschsprachigen Verlags- und Buchhandel fordern also folgerichtig die Aufhebung der Verbotsverfügung und selbstverständlich die Rückgabe aller beschlagnahmten Medien.

Wir fordern, die demokratischen Grundrechte der Versammlungs-, Meinungs-, Presse- und Publikationsfreiheit in Deutschland unabhängig von politischen Interessen als ganz besonders schützenswerte Grundwerte zu wahren. □

Terminerinnerung: 11. und 12. Mai in Sprockhövel, Emanzipatorische Arbeitspolitik – aktuelle Gewerkschaftspolitik, näheres siehe PB Nr. 3/2019